

Links der Neißer

Juli 2020

Linke Monatszeitung im Landkreis Görlitz

Jhrg.11/Nr.124

Ziviler Ungehorsam ist eine Form der Demokratie

Zu der Pressemitteilung des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle und zu den Protesten von Ende Gelände am 26. Juni in der Lausitz erklärt die Lausitzer Abgeordnete der Fraktion Die LINKE im Sächsischen Landtag, Antonia Mertsching, statt Kohlekritiker derart verbal ins Visier zu nehmen, sollte sich der Verein, aber auch die Politik mal fragen, wie sehr junge Menschen durch den mangelhaften Klimaschutz ihre Zukunft bedroht sehen, dass sie für ihre gewaltfreien Protestaktionen sogar Gefängnisstrafe in Kauf nehmen.

mehr auf Seite 7

Öko-Hippies zählen auf den Staat

Rede von MdL Antonia Mertsching zur Fachregierungserklärung „Coronakrise und Klimakrise meistern – Mit einem Green New Deal Energiewende, Klima- und Artenschutz voranbringen und zu mehr regionaler Wertschöpfung kommen“ von Umweltminister Wolfgang Günther (Bündnis90/Grüne) am 11. Juni im Sächsischen Landtag

mehr auf Seite 6

Gegen israelische Annexion im Westjordanland

In Israel tagte bis zum 1. Juli ein amerikanisch-israelisches Komitee, das über die palästinensischen Gebiete berät, die die israelische Regierung dann unilateral annektieren können soll. Dass die israelische Regierung daran ein grundsätzliches und sehr konkretes Interesse hat, hat sie in ihrem Koalitionsvertrag im Mai festgeschrieben.



mehr auf Seite 2

Ein neuer Intendant für das Theater



Der Kreistag und die Stadt Zittau wählten mit den Stimmen der LINKEN Herrn Dr. Daniel Morgenroth als neuen Intendanten der Gerhart-Hauptmann Theater Görlitz-Zittau GmbH.

Foto: Internet

mehr auf Seite 8

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Am 17. Juni haben knapp 300 Beschäftigte verschiedener Betriebe der sächsischen Ernährungsindustrie in Dresden für Lohngerechtigkeit und eine Angleichung demonstriert. Denn auch im 30. Jahr der Deutschen Einheit gibt es noch immer beträchtliche Lohnunterschiede zu vergleichbaren westdeutschen Betrieben und Tarifgebieten. Aufgerufen hatte die Ge-



werkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). In zahlreichen Betrieben wurde die Arbeit niedergelegt, teilweise bis zu 48 Stunden.

mehr auf den Seiten 3 und 4

Spendensammlung für Liedermacher in Hoyerswerda

Heinrich Ruynat sammelte unter dem Titel „Was denkst du, bist du wert? Coronavirus - Kollateralschaden von Kunst und Kultur“ Spenden für Künstlerinnen und Künstler, die gerade besonders unter der Corona-Pandemie leiden.



mehr auf Seite 15

Nein zur Intoleranz - unterstützen wir weitere Karawanen der Vernunft

Seit Wochen wird die B96 jeden Sonntag zur Straße des Protests gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Viele Menschen zeigen dort mit schwarz-weiß-roten Reichsflaggen offen eine rechtsnationale Gesinnung. Doch bisher blieb dieser Protest am Straßenrand immer friedlich. Als sich am vergangenen Sonntag mit der sogenannten „Karawane der Vernunft“ erstmals Gegenprotest gegen die Reichsflaggen auf der B96 rührte, kam es erstmals zu offenen Aggressionen



Die Aufschrift: „Paradiesvogel statt Reichsadler“ sorgte für aufgeheizte Stimmung auf den Straßen.

mehr auf Seite 12

Von der Auferstehung eines antislawischen Rassismus in Deutschland

„Die großen Demokratien gehen in Länder, in denen es Jahrtausende von Traditionen und Kultur gibt, und wollen den Menschen dort vorschreiben, so zu leben, wie sie es wollen. Für mich ist das eine Art Terrorismus. Ein ökonomischer Terrorismus. Innen drin sind die großen Demokratien in gewisser Weise Diktaturen, weil sie anderen ihre Werte aufdrücken wollen.“, von Eric Cantona, engl. Fußballer mit spanischen Wurzeln. Ein Beitrag von Kathrin Kagelmann.

mehr auf Seite 13

Rubriken

Termine	S. 14
Buchtipps	S. 15
Geburtstage	S. 16

DANKE eure

In Israel tagt bis zum 1. Juli 2020 ein amerikanisch-israelisches Komitee, das über die palästinensischen Gebiete berät, die die israelische Regierung dann unilateral annektieren können soll. Dass die israelische Regierung daran ein grundsätzliches und sehr konkretes Interesse hat, hat sie in ihrem Koalitionsvertrag im Mai 2020 festgeschrieben. Es ist noch unklar, wann und in welchem Ausmaß Israel sich zu einem solchen Schritt entscheiden wird. Allerdings hat die Intention allein bereits eine verheerende Signalwirkung.

Eine unilaterale Annexion von Teilen der palästinensischen Gebiete, egal wie groß oder klein sie am Ende ausfällt, wäre nicht nur ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, sie würde auch der ohnehin schwindenden Aussicht auf eine friedliche Zweistaatenlösung erheblich zuwiderlaufen. Es gibt bereits massive Kritik an dem Vorhaben. Die israelische Linke befürchtet, eine unilaterale Annexion könne die israelische Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung zementieren und Israel seinen demokratischen Charakter verlieren.



Proteste gegen die israelischen Annexionspläne in Jericho.

Brief von 1.080 Abgeordneten gegen israelische Annexion im Westjordanland

Gemeinsam mit 1.080 Abgeordneten und Mitgliedern des Europäischen Parlaments aus 25 europäischen Ländern und aus allen politischen Parteien unterstützen die LINKEN. MdEP Martina Michels (EU-Israel Delegation des EP), Helmut Scholz (Handelsausschuss) und Özlem Demirel (Auswärtiger Ausschuss) einen Brief an die europäischen Außenminister und den Hohen Vertreter für die Außenpolitik der EU, Josep Borrell, in dem sie sich gegen die Annexion des Westjordanlandes wenden. Initiiert wurde der Brief von Avraham Burg, ehemaliger Sprecher der Knesset und Leiter der Jewish Agency.

Darin heißt es:

Wir, Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus ganz Europa, die sich für eine auf Regeln basierende globale Ordnung einsetzen, teilen ernsthaft



te Bedenken über Präsident Trumps Plan für den israelisch-palästinensischen Konflikt und die bevorstehende Annexion von Gebieten des Westjordanlandes durch Israel. Wir sind zutiefst besorgt über den Präzedenzfall, den dies für die internationalen Beziehungen insgesamt schaffen würde.

Europa hat sich über Jahrzehnte für

eine gerechte Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts in Form einer Zwei-Staaten-Regelung eingesetzt, die im Einklang mit dem Völkerrecht und den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen steht. Bedauerlicherweise weicht Präsident Trumps Plan von international vereinbarten Parametern und Prinzipien ab. Er fördert effektiv die dauerhafte israelische Kontrolle über ein fragmentiertes palästinensisches Gebiet, lässt den Palästinensern keine Souveränität und gibt Israel grünes Licht für die unilaterale Annexion bedeutender Teile des Westjordanlandes.

Wir sind zutiefst besorgt über die Aus-

wirkungen der Annexion auf das Leben von Israelis und Palästinensern sowie über ihr destabilisierendes Potential in einer Region vor der Haustür Europas. Diese Besorgnis ist in einer Zeit, in der die Welt mit der COVID-19-Pandemie, dem größten kollektiven Notstand seit Jahrzehnten, kämpft, nicht weniger schwerwiegend. In Würdigung des langfristigen Engagements Europas für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts fordern wir die europäischen Staats- und Regierungschefs auf, entschlossen auf diese Herausforderung zu reagieren. Europa muss die Führung darin übernehmen, internationale Akteure zusammenzubringen, um eine Annexion zu verhindern und die Aussichten auf eine Zwei-Staaten-Regelung und eine gerechte Lösung des Konflikts zu sichern.

European Green Deal: Für einen sozial-ökologischen Neustart

Am 22. Juni beginnt die EU Sustainable Energy Week (nachhaltige Energiewoche), die größte europäische Konferenz, die sich erneuerbaren Energieträgern und Nachhaltigkeit widmet. Anlässlich dieser Veranstaltung fordert Cornelia Ernst, energiepolitische Sprecherin der Delegation DIE LINKE im Europaparlament, einen grundlegenden Wandel in der europäischen Energiepolitik:

„Nach den schweren sozialen Folgen der COVID-19-Pandemie ist es auch in der Energiepolitik dringend an der Zeit, ein grundlegendes sozial-ökologisches Umdenken einzuleiten. Der



MEP Dr. Cornelia Ernst. Foto: Internet

Green Deal hat soziale Fragen bisher komplett übergangen und muss dieses katastrophale Versäumnis schnellstens korrigieren, nur so kann der Neustart nach COVID-19 gelingen. Klimaforscher*innen halten ein Klimaziel von mindestens 65-70 Prozent

bis 2030 für nötig, darum ist das angepeilte europäische Klimaziel von gerade mal 50 bis 55 Prozent bis 2030 viel zu niedrig. Damit wir den Klimawandel noch substantiell abschwächen können, brauchen wir einen zügigen und fairen Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien. Bei dieser Just Transition muss den ehemaligen Kohlekumpeln eine echte Perspektive gegeben werden. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen und stärker subventionieren, so wie es früher über Jahrzehnte für fossile und atomare der Fall war. Wir alle benötigen Energie in unse-

rem täglichen Leben. Deshalb muss die EU ihre Energiepolitik auch am Wohl der Bürger*innen ausrichten. Das allgemeine Ausgangsverbot der letzten Monate hat Energiearmut verschärft und aufgezeigt wie wichtig Energie für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist. Deshalb fordern wir bezahlbare, energiearme Wohnformen und ein Recht auf Energie für alle EU Bürger*innen.“

(Das Positionspapier ist nachlesbar unter: <https://www.dielinke-europa.eu/de/article/12740.european-green-deal-für-einen-sozial-ökologischen-neustart.html>)

Der Rat mauert bei der Zukunft Europas

Der Druck des Europäischen Parlaments zeigt offensichtlich Wirkung: Am 25. Juni hat sich der Rat zur EU-Zukunftskonferenz positioniert. „Nach der monatelangen Hinhaltetaktik der Regierungen war dieser Schritt überfällig“, kommentiert Helmut Scholz,



MEP Helmut Scholz. Foto: Internet

verfassungspolitischer Sprecher der LINKEN im Europäischen Parlament. Die anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission dürften sich allerdings als schwierig erweisen.

„Es ist zu begrüßen, dass sich der Rat

endlich des Themas Zukunftskonferenz annimmt und einige Grundsätze definiert“, so der Abgeordnete weiter. Dazu gehören unter anderem die Schaffung von organisatorischen Strukturen auf europäischer und nationaler Ebene, wie die Einrichtung eines Sekretariats oder die Benennung

(Fortsetzung auf Seite 12)

Gute Bildung nach Corona - aus der Krise lernen!

Weg vom Flickenteppich!

Positionen und Forderungen der LINKEN

1. Digitales Lernen für alle!

Deutschland ist Entwicklungsland beim digitalen Lernen. Die unendliche Geschichte der Ankündigungen muss ein Ende haben.

Geld für neue Computer und Lernsoftware brauchen wir dauerhaft – öffentlich finanziert: jedem Schüler, jeder Schülerin, jeder Lehrkraft ein eigenes digitales Gerät! Mit freier Software (Open Educational Resources) zu digitaler Mündigkeit. Schulen brauchen „digitale Kümmerer“, Lehrkräfte brauchen Medienkompetenz.

DIE LINKE fordert: leistungsfähiger Breitbandanschluss und WLAN für alle Schulen, eine Digital-Offensive für Bildung, also Geld für Infrastruktur, für Software, Plattformen und Personal.

2. Bundesoffensive für Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeit!

Die Krise trifft Schwächere: Es fehlt an Computern, an Rückzug und Freiräumen zum Lernen zu Hause. Gute Bildung darf kein Privileg der Reichen sein. Bildung ist ein Menschenrecht. Gemeinsam statt einsam lernen – ganztags in der Gemeinschaftsschule – das bleibt unser Ding.

Dazu fordern wir kostenfreie Mittel zum Lernen und Lehren. Vor allem sogenannte „Brennpunktschulen“ brauchen mehr Geld und bestgeschultes Personal! Lehrkräfte dürfen keine Mangelware bleiben!

DIE LINKE fordert eine Lehrkräfte- und Erzieher*innenoffensive des



Bundes. Schulsozialarbeit muss als Regelaufgabe ins SGB VIII.

3. Lust auf Bildung statt „Bulimielernen“!

Bildung braucht Neugier, Motivation und Spaß. Viel mehr Möglichkeiten für gemeinsame Lernprojekte mit Wissenschaftler*innen, Handwerker*innen, Künstler*innen müssen gefördert werden. Offene Lernformen und selbständiges Lernen. Offene Schulen sind die Zukunft. Schule ist fürs Lernen da, nicht für Prüfungen. **DIE LINKE fordert:** Leistungsdruck und Leistungswahn beenden – individuelles Lernen in kleineren Lerngruppen fördern.

4. Mehr Geld für moderne und inklusive Schulen!

Offene Lernformen benötigen passende Räume. Bildung braucht schöne Orte, Bildung braucht sinnvolle Architektur. Hell, modern und inklusiv, weg

vom Funktionsbau, hin zu anregenden Räumen. Für Stadt und Land.

DIE LINKE fordert: Statt eines Strohfeuers für Konjunktur brauchen wir die Dauerfinanzierung von Bund und Ländern – ein Schulbauprogramm für und mit Zukunft!

5. Föderalismus reformieren! – Weg vom Flickenteppich!

Wir wollen keine Konkurrenz, die Gerechtigkeit ruiniert. Wir wollen Kooperation und gemeinsame Verantwortung – zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Regionale Besonderheiten müssen für Bildung nutzbar bleiben.

Eine Reform ist nötig: So viel Standards wie nötig, so viel Freiheit wie möglich. **DIE LINKE fordert:** Eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung gehört ins Grundgesetz. Gemeinsam finanzieren und gemeinsam kümmern. Ein gemeinsamer Rahmen ist nötig: ein **Bundesbildungsrahmengesetz!**

Waggonbau muss in der Lausitz bleiben – Altmaier muss aktiv werden

Wer die Lufthansa rettet, muss sich auch für Waggonbau einsetzen!

„Der Waggonbau ist eine Zukunftsindustrie und wichtig für das Gelingen der Verkehrswende. Es wäre unverantwortlich, ausgerechnet jetzt die Standorte in



Caren Lay.

Deutschland nicht mit aller Kraft zu erhalten. Bundeswirtschaftsminister Altmaier muss jetzt endlich aktiv werden. Wer die Lufthansa rettet, muss auch für den Waggonbau Verantwortung übernehmen!“ *erklärt Caren Lay, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Deutschen Bundestag, anlässlich der Berichte über ein neues geplantes Sparprogramm bei Bombardier Deutschland. Demnach sollen 1000 Stellen gestrichen werden und die Arbeitnehmer auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten. Lay weiter:*

„Bombardier setzt die Beschäftigten mit den nächsten Verhandlungen über Sparprogramme inklusive dem Verzicht auf Tarifbestandteile unter Druck. Gleichzeitig verhandelt Bombardier weiter mit Alstom über einen Verkauf der Waggonbausparte. Die Beschäftigten brauchen eine sichere Perspektive statt ständig neuer Verunsicherungen. Die Region braucht die, zum Teil hochqualifizierten, Arbeitsplätze und die Verkehrswende braucht den Waggonbau. Von Bundeswirtschaftsminister Altmaier ist bislang dazu nichts zu vernehmen. Es wäre wichtig, dass sich die deutsche Regierung für den Erhalt der strategisch wichtigen Branche und Arbeitsplätze engagiert. Die gerade verhandelte Strukturhilfe für die Kohleregionen oder das geplante nächste Konjunkturpaket bieten genügend Gelegenheit, sich als Bundesregierung für den Erhalt dieser Arbeitsplätze einzubringen. Kürzlich wurde ein 9-Milliarden-Deal zur Rettung der Lufthansa in Rekordzeit ausgehandelt. Ähnlich viel Engagement erwarte ich für den Waggonbau in der Lausitz.“

Warnstreiks der Beschäftigten Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Am 17. Juni haben knapp 300 Beschäftigte verschiedener Betriebe der sächsischen Ernährungsindustrie in Dresden für Lohngerechtigkeit und eine Angleichung demonstriert. Denn auch im 30. Jahr der Deutschen Einheit gibt es noch immer beträchtliche Lohnunterschiede zu vergleichbaren westdeutschen Betrieben und Tarifgebieten. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG). In zahlreichen Betrieben



wurde die Arbeit niedergelegt, teilweise bis zu 48 Stunden. Lohnlücke soll geschlossen werden

In den vergangenen Monaten haben die Beschäftigten in den Betrieben der Ernährungsindustrie unter schwierigen Corona-Bedingungen ihre Arbeit gemacht und die Lebensmittelversorgung gesichert. Sie wurden richtigerweise als systemrelevant erklärt. Die Gewerkschaft hatte damals Verantwortung (Fortsetzung auf Seite 4)

Diese sogenannte Grundrente ist weniger als das Mindeste

Zum Grundrentenkompromiss der Koalition sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:



Katja Kipping.

Diese sogenannte Grundrente ist weniger als das Mindeste. Sie schließt viele Menschen aus, nicht zuletzt Menschen, die in der Familie lange unbezahlte Erziehungs- und Pflegearbeit geleistet haben. Damit schließt die sogenannte Grundrente vor allem zahlreiche Frauen aus, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben und schon damals oft keine Bezahlung erhielten.

Alle Menschen haben im Alter eine Rente verdient, von der man in Würde leben kann. Aus Sicht der Linken bedeutet das sofort eine Mindestrente von 1050 Euro. Wenn endlich der Mindestlohn auf 13 Euro angehoben würde, wäre die Grundrente für die heute arbeitenden Generationen zum Teil bereits finanziert.

Insofern: Diese sogenannte Grundrente ist kein Ruhmesblatt für die Bundesregierung. Eigentlich brauchen wir eine große Rentenreform: Das Rentenniveau muss steigen und alle Menschen mit Erwerbseinkommen müssen einzahlen, auch Abgeordnete, Beamte und Selbstständige.

Dass parallel die Altersvorsorge an Aktienmärkten ausgeweitet werden soll, ist absurd. Besser wäre es, die Förderung der Altersvorsorge in die staatliche Rentenkasse einzubringen, um ordentliche Renten auch für die zu finanzieren, nicht parallel noch Geld fürs Alter in Rentenfonds anlegen können.

Täglich verschwinden Rentner im Internet, weil sie "Alt" + "Entfernen" gleichzeitig drücken...

Dieses und weitere Sprüche auf www.spruchmonster.de

MdB Sahra Wagenknecht zum Abzug amerikanischer Truppen aus Deutschland

USA - aggressivste Militärmacht der Welt. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde

Lange hatte er damit »gedroht«, jetzt will Donald Trump wohl tatsächlich 10.000 US-Soldaten aus Deutschland abziehen. Zu niedrig seien die deutschen



Sahra Wagenknecht.

Rüstungsausgaben, poltert der US-Präsident, die USA wären nicht mehr bereit, für »unsere Sicherheit zu sorgen«. Pflichtschuldig beteuert die deutsche Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, dass man sich doch aber große Mühe gäbe mit der Aufrüstung.

Und das stimmt leider wirklich: Um satte zehn Prozent auf knapp 50 Mrd. Euro erhöhte sie den Militärhaushalt 2019 im Vergleich zum Vorjahr. Und trotz Corona wurde kein einziges Projekt eingestampft, im Gegenteil: selbst im aktuellen Konjunkturpaket wurden, kaum bemerkt von der Öffentlichkeit, noch einmal zusätzliche 10 Milliarden Euro für Aufrüstung versteckt. Kein anderes Land unter den Top 15 der Welt verzeichnet einen so starken Anstieg der Rüstungsausgaben. Sich von Trump diktieren zu lassen, immer mehr Geld für Panzer und Kriegsgüter zu verschleudern, was für ein fataler Fehler!

Eine souveräne deutsche Regierung würde Trump antworten: Hey, Mr.

Präsident, super Idee dieser Abzug, aber holen Sie doch bitte nicht nur 10.000 Soldaten, sondern gleich das ganze Kontingent nach Hause. Und vor allem: nehmen Sie die US-Atomwaffen gleich mit, die brauchen wir hier nämlich schon gar nicht! Der Abzug sollte allerdings auch wirklich ein Abzug sein, und keine Verlegung nach Polen und damit noch dichter an die russische Grenze, wie Trump das offenbar plant. Anstatt sich von den USA und der NATO zu teuren Rüstungsprojekten wie der Beschaffung von atomwaffenfähigen US-Kampfflugzeugen antreiben zu lassen, sollte die Bundesregierung also das Rückgrat haben, unsere Souveränität zu verteidigen und Trump Paroli zu bieten.

(Fortsetzung von Seite 3)

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

übernommen und im März geplante Streiks ausgesetzt. Nun wollen die Beschäftigten, dass sich endlich etwas ändert. Die Lohnlücke beträgt für Facharbeiter in einzelnen Betrieben bis zu 700 Euro brutto monatlich oder sogar mehr.

MdB Lay, auf einer Kundgebung in Bautzen vor den Toren der ansässigen Senffirma, erklärt dazu: "Meine Solidarität gilt den Streikenden der NGG, die sich in Dresden versammelten. Allein in meinem Wahlkreis liegen mehrere Betriebe, deren Beschäftigte um eine faire Bezahlung kämpfen. So z.B. bei Bautz'ner Senf oder der

ren einen Kampf stellvertretend für die gesamte Region. Die Menschen hier haben keine Lust, länger das Billiglohnland der Republik zu sein und an den verlängerten Werkbänken westdeutscher Konzernzentralen zu arbeiten. Damit Leben und Arbeiten auch in Ostsachsen wieder attraktiver wird und Menschen hier bleiben oder zurückkehren, müssen endlich faire Löhne gezahlt werden. Ich fordere deshalb die Arbeitgebervertreter auf, umgehend auf die Gewerkschaft zuzugehen und in Verhandlungen über eine Lohnangleichung Ost zu West einzutreten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - das muss 30 Jahre nach der Wende endlich Realität werden!"

Die NGG fordert, die bestehende Lohnlücke zu schließen und hatte die Arbeitgeber bereits im Oktober 2019 in den beginnenden Lohn-tarif-verhandlungen



Foto: privat

Caren Lay mit vielen Beschäftigten vor den Toren der Bautzener Senf Fabrik, um ihre Forderungen öffentlich zu machen.

Lausitzer Fruchteverarbeitung aus Sohland.

Die Beschäftigten kämpfen dabei nicht nur für gerechte Löhne, sondern füh-

dazu aufgefordert, da-für eine Vereinbarung zu treffen. Bisher weigert sich der Sächsische Arbeitgeberverband Nahrung und Genuss (SANG),



darüber zu verhandeln. Zudem fordert die NGG für die unterste Lohngruppe einen Stundenlohn von mindestens 12 Euro, um - zumindest bei Vollzeitarbeit - Armut heute und im Alter zu verhindern.

Unterstützung bekamen die Streikenden vom Vorsitzenden des DGB Sachsen, Markus Schlimbach, dem Fraktionsvorsitzenden von DIE LINKE im sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, dem Generalsekretär der SPD Sachsen, Henning Homann, sowie der Initiative Aufbruch Ost. Das Tarifgebiet der Ernährungsindustrie Sachsen umfasst insgesamt über 1.300 Menschen in einem Dutzend Betrieben. Dazu gehören Unternehmen wie Bautz'ner Senf (Develey), Jägermeister in Kamenz, Lausitzer Fruchteverarbeitung in Sohland, Sonnländer Getränke (EDEKA) in Rötha, das Unilever Werk Auerbach, das FROSTA Tiefkühlwerk Elbtal, das Cargill-Ölwerk in Riesa und die Vandemoortele-Werke in Dommitzsch und Dresden. (red.)

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag stimmt Konjunkturpaket nicht zu

Am 29. Juni im ZDF-Morgenmagazin sagte die Fraktionsvorsitzende Amira Mohamad Ali im Bundestag: „Die Wirtschaft braucht ein Konjunkturpaket. Das Gerangel der Regierungsparteien um ein Konjunkturpaket ist unverantwortlich und hat allerdings eine gewaltige soziale Schieflage. Kein Geld für Menschen mit kleinen Einkommen, kaum etwas für Schulen und kleine Unternehmen. Millionen Kurzarbeiter, Arbeitslose, Selbstständige

und kleine Unternehmen kämpfen derzeit um ihre Existenz. Pflegekräfte, die zu Recht viel Applaus erhalten haben, gehen sogar komplett leer aus. Das kritisiert die LINKE deutlich! So können wir diesem Paket nicht zustimmen. Geld muss gezielter verteilt werden, statt einfach die Gießkanne rauszuholen.

Die Bundesregierung setze die Milliarden der Steuerzahler nicht effektiv ein. Zwar ist das Ziel, die Konjunktur

anzuschieben, absolut richtig und notwendig. Aber zu viele Menschen und Unternehmen, die dringend Hilfe benötigen, gehen weiterhin leer aus oder erhalten zu wenig. Das zeigt, Wumms allein reicht nicht.

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag möchte ein Hilfspaket, welches sozial und zielgerichtet sein muss:

- Verlässliche und auskömmliche Zuschüsse für Selbstständige und kleine Unternehmen sicherstellen.

- Das Kurzarbeitergeld auf 90% erhöhen.

- Zuschüsse für Familien, die nicht auf Sozialleistungen angerechnet werden.

- Hartz 4 und kleine Renten anheben. Das Konjunkturpaket darf nicht zu einer weiteren Finanzspritze für Großkonzerne werden. Gelder für Konzerne, die auf Milliardenrücklagen sitzen, die gleichzeitig Dividenden ausschütten oder Steuerschlupflöcher nutzen würde es mit uns nicht geben.

Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat im Bundestag beantragt, eine solidarische Mindestrente von 1050 einzuführen und das Rentenniveau auf 53% zu erhöhen.

Solidarische Mindestrente, Schluss mit Tarifflicht

Ein Beitrag von MdB Mathias W. Birkwald

Wir wollen kein bedingungsloses Grundeinkommen für Ältere. Wir fordern für Menschen ab 65 Jahren, deren Alterseinkommen aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge unter 1.050 Euro liegt, einen Zuschlag, der die Einkommenslücke bis dahin füllt. Und warum? Ganz einfach: Artikel 1 unseres Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“;

Wir müssen zuerst Altersarmut verhindern. Dazu braucht es gute Löhne. Deshalb fordert DIE LINKE

1. Tarifbindung und die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht stärken, mit dem Ziel der Beendigung von Tarifflicht, Lohndumping und Missbrauch von Werkverträgen, und das nicht nur in den Schlachtbetrieben.

2. die Renten müssen innerhalb von vier Jahren um zusätzliche 10 Prozent steigen. Dann wären wir wieder bei einem lebensstandardsichernden Rentenniveau von 53 Prozent, und das ist finanzierbar.

3. die Rente nach Mindestentgelt-



Mathias W. Birkwald.

punkten. Wir brauchen aber auch wirksame Maßnahmen gegen die Altersarmut für Menschen ab 55 Jahren und für die heutigen Rentnerinnen und

Rentner. Viele von ihnen haben Jahrzehnte ohne gesetzlichen Mindestlohn arbeiten müssen.

Statt 35 Beitragsjahren sollten 25 Jahre als Voraussetzung genügen; denn dann hätten mehr Frauen im Westen bessere Chancen auf einen Rentenzuschlag.

4. Damit wir unverschuldete Lücken im Lebenslauf wenigstens bei der Rente schließen, müssen endlich wieder Rentenversicherungsbeiträge für Arbeitslose und Erwerbslose in Hartz IV gezahlt werden, und zwar auf Basis des halben Durchschnittsverdienstes.

5. wollen wir alle Menschen mit Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen, auch Selbstständige und Beamtinnen und Beamte. Und wir Bundestagsabgeordneten sollten als Erste vorangehen.

6. Und wenn all diese und viele andere Maßnahmen nicht für eine Rente oberhalb der Armutsgrenze genügen sollten, dann wollen wir mit der einkommens- und vermögensgeprüften solidarischen Mindestrente armen Seniorinnen und Senioren einen Zuschlag aus Steuermitteln zahlen, damit niemand im Alter von weniger als 1/050 Euro und gegebenenfalls Wohngeld leben muss.

Zum Schluss. Unser Ziel ist, dass so wenige Menschen wie möglich die solidarische Mindestrente benötigen werden. Und unser Ziel ist, dass der Zuschlag so gering wie möglich ausfallen möge, weil die gesetzliche Rente deutlich über 1050 Euro liegt.

Wir rechnen mit Kosten in Höhe von maximal 11 Milliarden Euro.

Ein Leben in Würde im Alter muss uns das wert sein.

Die Rede ist zu lesen unter folgendem Link:

<https://www.linksfraktion.de/nc/parlament/reden/detail/matthias-w-birkwald-wir-muessen-kuenftige-altersarmut-bekaempfen-und-heutige-verhindern/>

Amira Mohamad Ali erklärt bei Facebook dazu: Es ist erschreckend, mit welcher Polemik und Ablehnung einige Fraktionen der anderen Parteien auf dieses ernste Thema reagieren. Gerade die Antwort der CDU/CSU Fraktion: Bei einer Mindestrente, die vor Armut schützt, gäbe es keine Motivation mehr zu arbeiten, es sei außerdem ungerecht gegenüber den arbeitenden Menschen, behauptete der Redner aus der Union. Das sehe ich überhaupt nicht! Hinter dieser Haltung der Union steckt kein gutes Menschenbild

Landesverband

Wir sind die Neuen - neue Landesinklusionbeauftragte stellen sich und ihre Ideen vor

Bei seiner Online-Sitzung am 15. Mai wählte der Landesvorstand, Ann-Kathrin Legath und Birger Höhn, zu den neuen Landesinklusionsbeauftragten.

Wer sind sie?

Ann-Kathrin Legath ist 28 Jahre alt und im Landesinklusions-Team



Ansprechpartnerin für Menschen mit körperlicher Beeinträchtigung

ren Behinderungen, Werkstätten, leichte und einfache Sprache.

Birger Höhn, 46 Jahre alt und im Landesinklusionsteam schwerpunktmäßig zuständig für die Themen Autistische Menschen und Menschen mit Neurodiversitäten bzw. nicht sichtba-

Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass DIE LINKE Landesverband Sachsen weitere Fortschritte auf dem Weg zu einer inklusiveren Partei macht.

Rede von MdL Antonia Mertsching zur Fachregierungserklärung „Coronakrise und Klimakrise meistern – Mit einem Green New Deal Energiewende, Klima- und Artenschutz voranbringen und zu mehr regionaler Wertschöpfung kommen“ von Umweltminister Wolfram Günther (Bündnis90/Grüne) am 11. Juni im Sächsischen Landtag

Öko-Hippies zählen auf den Staat

Was uns Klima- und Umweltbewegte vor allem beeindruckt hat an der Coronavirus-Pandemie ist wie eine unsichtbare Gefahr Staat und Politik zum Handeln bringen kann.

Wenn der Staat will, dann kann er handeln, Regeln erlassen und die Bevölkerung schützen.

Kohlendioxid birgt eine ebenso große Gefahr in sich – nicht nur für Menschenleben, sondern auch für die Natur, für Tiere, Pflanzen, Ökosysteme. Aus diesem Grund begrüße auch ich die grundsätzliche Intention, dass mit und nach Corona, die Klimapolitik intensiviert werden soll, insbesondere, was das Geld betrifft, das jetzt in die Hand genommen wird.

Die Pandemie hat die wirtschaftliche Ungleichheit bzw. soziale Krisen nochmal verstärkt – ob es die Einsamkeit älterer Menschen ist oder Kinder sind, die ihrem gewalttätigen Umfeld noch schutzloser ausgesetzt waren und zum Teil immer noch sind durch den Lockdown.

Doch der Lockdown hatte auch was Positives

Nahezu alle Dresdner und Dresdnerinnen, die ich kenne, berichteten mir dasselbe: was für eine Ruhe in der Stadt eingekehrt war, weil der Verkehr so drastisch reduziert war. Selbst in Weißwasser, der Kleinstadt, von der es immer einhellig heißt, dass da nix



Antonia Mertsching.

los ist (was nicht stimmt!), war es nochmal ein Stück ruhiger, weil die Autos uns nicht mehr mit ihrem Lärm belästigten.

löstigen.

Auch die Luft war eine andere. Aber heute schon ist es wieder wie eh und je. Morgens mit dem Fahrrad die 5 Minuten über die Marienbrücke zu fahren ist frischluftmäßig anstrengender als den ganzen Tag hier im Plenum eine Maske zu tragen.

Viele Engagierte der Nachhaltigkeit machen sich Gedanken darüber, was aus der Coronakrise Positives bewirkt werden kann. Einigkeit bestand und besteht darin: Kein Zurück zum Status Quo! Doch die Gefahr ist groß, dass es auch jetzt wieder munter weiter geht wie vorher, schaut man sich an, dass die großen CO2-Schleudern wie Automobilindustrie oder Luft-hansa weiter über die Zeit geschleppt werden sollen, statt diese Industrien endlich umzubauen. Und damit meine ich nicht einfach nur die Produktion von E-Autos, der nächsten großen Umweltsauerei, oder solarbetriebenen

Flugzeugen sondern ich meine eine Veränderung unserer Mobilitätsgewohnheiten. Denn ja, es gibt die Reisefreiheit und sogar ein Menschenrecht darauf – aber es gibt kein Recht auf Autobesitz oder Flugreisen oder Kreuzfahrtschiffreisen! Wenn wir also über Moratorien reden wollen, dann über solche, die die CO2-Schleudern solange in ihren jeweiligen Häfen belassen bis nachhaltige Alternativen gefunden sind!

Verantwortung der Staatsregierung

Herr Staatsminister, Sie sprachen vor allem vom Geld, das in die Hand genommen werden müsse. Das ist richtig, doch es ist nicht die einzige Handlungsmöglichkeit. Was Sie als Regierung nämlich noch besser können, ist: Regulierungen zu treffen, Regeln zu setzen – so haben sich hier nach der Wende Wasser, Luft und Böden verbessert.

Und genau das brauchen wir: Regelungen, die den Zugang zu Land für nachhaltig produzierende Landwirte und Landwirtinnen ermöglichen, Regelungen, die das nachhaltige Wirtschaften fördern und belohnen, Regelungen, die regionale Kreisläufe beleben. Regelungen, die den Staat zum Vorbild beim nachhaltigen Einkauf machen. Von daher finde auch ich es eine Spitzenangelegenheit, dass der

Freistaat nun stärker als Vorbild wirken will mit nachhaltiger Energieversorgung und Mobilität. Aber was ist mit dem nachhaltigen Einkauf? Und ich rede hier nicht nur von umweltfreundlichem Papier oder Fairem Kaffee. Ich meine eine bessere Struktur, die der Verwaltung auf Landesebene einen nachhaltigen Einkauf von Polizeiuniformen, IT oder Baumaterialien ermöglicht. Und eine Struktur, die die Kommunen beim nachhaltigen Einkauf unterstützt durch Einkaufskooperativen. Aber nicht nur im Kaufen können Sie Vorbild sein, auch im Tauschen, Recyceln und Verwerten. Als Staat haben Sie die Möglichkeit, eigene, kleinteilige, krisenfeste, widerstandsfähige Wirtschaftsstrukturen aufzubauen, die in die Gesellschaft wirken. Das ist Ihre Chance jetzt und wir werden jedes Anliegen in diese Richtung unterstützen, solange nicht nur die heimische Wirtschaft in den Blick genommen wird sondern auch die – oftmals negativen – globalen Auswirkungen auf die Länder Südosteuropas, Südasiens oder Afrikas!

Ich sage es noch einmal: Die Regierung, der Staat – das sind die Akteure, die die Regeln bestimmen müssen und nicht irgendein ominöser Markt, den niemand kennt und der bekanntermaßen immer nur zu Ungunsten von Umwelt und wirtschaftlich Benachteiligten funktioniert. Gehen Sie noch stärker als vorher mit gutem Beispiel voran, dafür sind Sie jetzt da, dafür haben Sie es in die Regierung geschafft.

Für eine friedliche und gerechtere Welt zählen wir Öko-Hippies auf Sie!

Steuergeld für Bombardier nur gegen dauerhafte Standort- und Jobgarantie – Bahnstrecken reaktivieren

Zu Berichten über eine staatliche Bürgschaft für den kanadischen Bahnkonzern Bombardier unter Beteiligung Sachsens erklärt Nico Brünler, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik der Fraktion DIE LINKE:

„Schon eigenartig: Der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister treten in der Staatskanzlei gemeinsam mit dem Deutschlandchef eines Konzerns vor die Presse und erklären, da gebe es wohl eine Bürgschaft – aber Hintergründe werden nicht mitgeteilt. Hoffentlich macht das Wöllersche Vorbild inhaltsarmer Pressekonferenzen

jetzt nicht Schule! Landesbürgschaften mögen eine kurze Verschnaufpause für die Standorte bedeuten können, eine dauerhafte Sicherung des traditionsreichen Eisenbahnbaus in Sachsen sind sie nicht. Zu vieles bleibt im Unklaren. Dem Vernehmen nach soll der Freistaat bereit sein, mit einem dreistelligen Millionenbetrag für Auftragsausfälle zu haften. Es wäre das Mindeste, dass der Wirtschaftsminister im Wirtschaftsausschuss das Parlament informiert, und auch die Belegschaft hat das Recht zu erfahren, was Sache ist. Steuergeld darf es nur gegen eine

Job- und Standort-Garantie für Bautzen und Görlitz geben, und zwar eine, die nicht nur wieder ein paar Monate hält. Wenn der Wirtschaftsminister meint, Sachsen solle Bahnland bleiben, dann muss er sich für die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken einsetzen. Der Bahnverkehr hat für die Staatsregierung keine erkennbare Priorität. In den letzten 20 Jahren wurde der Bahnverkehr auf über 300 Kilometer Strecke eingestellt (Drucksache 6/11498), fast 30 Städte und Gemeinden sind nicht mehr angebunden. Auch ein international agierender

Schienefahrzeughersteller prüft, in welchem Umfeld er dauerhaft investiert!“

Mirko Schultze, Görlitzer Abgeordneter der Linksfraktion, fügt hinzu:

„Es ist entscheidend für die Lausitz, dass die Bombardier-Jobs in Bautzen und Görlitz erhalten bleiben. Das ständige Zittern um die Standorte ist unwürdig. Die Staatsregierung muss unbedingt vermeiden, dass sich Alstom im Falle einer Fusion für den Abbau von Arbeitsplätzen mit Steuergeld belohnen lässt. Wir sind solidarisch mit der Belegschaft!“

Pressemitteilung des Pro Lausitzer Braunkohle e.V. zur aktuellen Baggerbesetzung im Lausitzer Revier durch die in Berlin vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestufte Gruppierung Ende Gelände: „Mit der aktuellen Baggerbesetzung im Lausitzer Revier suchen die Demokratiegegner und erwiesenen Linksextremisten von Ende Gelände, die nicht auf dem Boden unseres Rechtsstaates und unserer Verfassung agieren, die offene Konfrontation mit den Demokraten. Wir müssen ein Zeichen setzen, dass diese Chaoten nichts in der Lausitz zu suchen haben. Das sind keine Umweltschützer, das sind Kriminelle. Sie gehören nicht auf den Bagger, sondern vor Gericht!“ – so reagiert Wolfgang Rupieper als ehemaliger Leiter des Cottbuser Amtsgerichts und Vorsitzender des Pro Lausitzer Braunkohle e.V. für die Bürgerbewegung aus dem Lausitzer Revier mit klaren Worten auf die erneute Provokation der selbsternannten Umweltschützer von Ende Gelände. (Quelle: Internetseite Pro Lausitzer Braunkohle e.V.)

Ziviler Ungehorsam ist eine Form der Demokratie

Zu der Pressemitteilung des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle und zu den Protesten von Ende Gelände erklärt die Lausitzer Abgeordnete der Fraktion Die LINKE im Sächsischen Landtag, Antonia Mertsching:

Statt Kohlekritiker derart verbal ins Visier zu nehmen, sollte sich der Verein, aber auch die Politik mal fragen, wie sehr junge Menschen durch den mangelhaften Klimaschutz ihre Zukunft bedroht sehen, dass sie für ihre gewaltfreien Protestaktionen sogar Gefängnisstrafe in Kauf nehmen. Insofern überrascht es mich nicht, dass gerade vom Verein Pro Lausitzer Braunkohle die Umweltaktivisten von Ende Gelände immer wieder und er-



Archivbild.

Foto: Internet

neut pauschal zu Demokratiegegnern und Linksextremisten erklärt werden, deren „Chaoten“ nach ihrem Vorsitzenden als „Kriminelle“ „vor Gericht“ gehören. Zum Glück obliegt letztere Entscheidung nicht einem Vereinsvor-

sitzenden.

Dennoch: Wer ausgerechnet im dreißigsten Jahr der deutschen Einheit Protestformen des zivilen Ungehorsams generell als kriminell, verfassungs- oder demokratiefeindlich

verunglimpft, hat zwei Dinge bis heute nicht begriffen: nämlich die existenzielle Gefahr angesichts der drohenden Klimakatastrophe, die vor allem die junge Generation treffen wird; und die lange Tradition zivilen Ungehorsams,

die erst eine friedliche Revolution und später die Wiedervereinigung ermöglichte.

Die Diffamierung von Umweltbewegungen gehört aber quasi zum Gründungsauftrag des Lobbyvereins Pro Lausitzer Braunkohle e.V. Für so viel Engagement wurde und wird der Verein auch noch großzügig finanziell unterstützt – zuerst von den Bergbautreibenden selbst, dann vom Land Brandenburg. Dass sich die junge Generation angesichts dieser fossil-freundlichen Politik – Kohleausstieg nach Betriebsplänen der Konzerne und Entschädigungen ohne Grundlage – um ihre Zukunftschancen betrogen fühlt, kann ich nur allzu gut nachvollziehen!

Görlitz

Die Entscheidung ist nicht richtig

Zur unabgestimmten Entscheidung des Oberbürgermeisters, das Helenenbad in die Hände der KommWohnen zu legen, erklärt Mirko Schultze für die Fraktion DIE LINKE:

„Die Entscheidung ist nicht richtig, in vielerlei Hinsicht. Nicht nur, dass man das Gefühl haben kann, die KommWohnen ist immer dann der Einfall des Oberbürgermeisters wenn er schnelle Lösungen braucht. Auch die Folgen scheinen ihm egal. Nein, die Entscheidung ist auch falsch, weil es wichtig gewesen wäre, verschiedene Modelle zu bedenken, zu prüfen und eine gemeinsame Entscheidung zu treffen. Eine Ausschreibung unter dem Dach des Zweckverbandes Neißebad, eine Übergangsführung durch die



Mirko Schultze.

Stadt selbst, eine Übertragung an einen neuen Verein oder ein Stiftungsmodell. Vieles wäre denkbar gewesen und hätte unterschiedliche Lösungen ermöglicht. Die Durchführung von Familienfesten, die Nutzung als grünes Klassenzimmer, die Veranstaltung von OpenAir Kino oder

Themenmärkten alles möglich, bis hin zu einer ARGE unterschiedlicher Nutzerinnen und Nutzer. Dies war aber offenbar nicht gewollt und somit wird eine schon beim Förderverein Helenenbad offensichtlich gewordene Problemlage deutlich. Das Helenenbad wurde nur im Rahmen der engen Sichtweise und unter Einbeziehung eingefahrener Lösungsideen gedacht. Dies konnte, trotz Versuchen unterschiedlicher Akteure, weder im Rat noch im Förderverein in den letzten Jahren aufgelöst werden und hat zum Stillstand des Projektes geführt. Der AUR wie der Förderverein haben es nicht geschafft, neue Ideen, welche durchaus angesprochen wurden, aufzunehmen.

Deshalb fordern wir den OB auf, in einen offenen Dialog zu treten. Um

ein innerstädtisches Freibad zu haben, welches nicht in Konkurrenz zum Berzdorfer See steht. Ein Gelände welches kulturell, sportlich und als Freizeitstätte für Familien, junge Menschen und Kinder genutzt wird und dennoch nicht über Gebühr den kommunalen Haushalt belastet. Wir haben großes Vertrauen in die Arbeit der KommWohnen, das gilt für ihre Kernaufgabe genauso, wie für die Entwicklung am See oder der alten Herberge. Die Schmälerung der Handlungsfähigkeit durch unangekündigte Geldentnahmen, sowie die Übertragung des Helenenbads jetzt, sehen wir kritisch. Hier hätte man bürgerschaftliches Engagement und Lösungskompetenz von Netzwerken einer scheinbar einfachen Lösung vorziehen müssen.“

Weißwasser

Die LINKEN - Zur Haushaltssatzung 2020 der Stadt Weißwasser

Rede von Stadtrat Hans Eckhard Rudoba zur Stadtratssitzung am 30. Juni

Dank an die Verwaltung für die Erarbeitung des Haushaltes unter den komplizierten finanziellen und personellen Bedingungen und angesichts des Termindruckes. Die Linken sind zwiegespalten im Umgang mit diesem Haushalt. Wir sehen die Notwendigkeit auf der einen Seite, dass die Stadt

einen gültigen Haushalt braucht – wie sonst sollen die Aufgaben bewältigt werden, die durch den fortschreitenden Strukturwandel umgesetzt oder zumindest angeschoben werden müssen. Nach heutigem Wissen sind bei allen Förderprogrammen Eigenanteile notwendig. Andererseits sehen wir das

Zahlenwerk mit seinen Unwägbarkeiten und Prognosen, die uns etwas unsicher machen. Bezogen auf den Personalplan fehlt uns die Abstimmung im Personalausschuß. Wo sonst soll man über die 5 neuen besetzten Stellen reden. Ich will noch nicht mal die Notwendigkeit in Frage stellen.

Aber wenn dieser Ausschuss nicht ernst genommen wird, dann braucht sich niemand über anhaltende Kritik über die Personalpolitik wundern. Das trifft sowohl auf die Personalstruktur – sprich Aufgabenverteilung – als auch auf die Eingruppierung in Gehaltsklassen zu,

(Fortsetzung auf Seite 14)

Soziale Leistungen im Landkreis Görlitz müssen gesichert werden!

Mit einem Schreiben an die Fraktionen und den Landrat wendeten sich Träger Sozialer Dienstleistungen an den Landkreis und forderten Klarheit und Sicherheit in der aktuellen Finanzierung.

Soziale Dienstleister auch wichtiger Arbeitgeber im Landkreis

„Die soziale Infrastruktur im Landkreis darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Nicht nur als wichtige Grundsäule der Lebensqualität im Landkreis, der Unterstützung für hilfebedürftige Menschen, sondern besonders auch als Arbeitgeberin sind die Träger sozialer Dienstleistungen enorm wichtig. Wer hier spart, gefährdet den sozialen Frieden im Landkreis“, so die Mitglieder der Linksfraktion im Kreistag Görlitz. Jens Hentschel-Thöricht, Kreisrat der LINKEN und Mitglied im Ausschuss Gesundheit und Soziales: „Wir fordern eine langfristige eindeutige finanzielle Absicherung, welche in anderen Bereichen auch möglich ist. Die Folgen der Coronakrise dürfen trotz komplizierter Situation nicht zu weiterer Verunsicherung führen. Die Problemlagen gerade in Familien sind vielschichtig, ein Abdriften der Hilfen würde ihre Herausforderungen im Landkreis noch vervielfältigen. Dies abzuwenden und Familien zu stärken, Fachkräfte zu halten und soziale Spannungen abzubauen muss oberste Priorität haben.“

Rettungsschirm für die Menschen vor Ort - wichtig und notwendig

Wo Milliarden in Rettungsschirme von Großkonzernen gesteckt werden, wäre eine Kürzung bei den Menschen vor Ort kontraproduktiv. Zudem gehen wir davon aus, dass auch nach dem Auslaufen von Pilotphasen Anschlussfinanzierungen durch den Freistaat zu erwarten sind. Alles andere wäre ein weiterer Fehler der Landesregierung. Der ‚vorsichtige Kaufmann‘ ist kein guter Ratgeber, wenn es um Hilfe für Kinder und ihre Familien geht. Deutlicher: Freiwillige Vorsorge ist preiswerter für den Landkreis als teure Pflichtaufgaben ‚wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist‘. (red.)

Kreistag am 17. Juni

Ein neuer Intendant für das Theater und unser Antrag regelmäßige Informationen zur Finanzsituation

Ein Beitrag von Jens Hentschel-Thöricht, Geschäftsführer der Linksfraktion im Görlitzer Kreistag

Der Kreistag wählte mit den Stimmen der LINKEN Herrn Dr. Daniel Morgenroth als neuen Intendanten der Gerhart-Hauptmann Theater Görlitz-Zittau GmbH. Wenn nun auch die beiden Stadträte von Görlitz und Zittau dem folgen, beide Städte sind Mitgesellschafter am Theater, dann tritt Herr Morgenroth die Stelle im Sommer 2021 an.

Laut Sächsischer Zeitung ist Dr. Daniel Morgenroth 35 Jahre alt, Literaturwissenschaftler, Regisseur, Dramatiker und Kulturkritiker. Seit 2017 arbeitet er am Theater Konstanz.

LINKE im Kreistag fordert Transparenz zur Finanzsituation und Liquidität des Landkreises

Auf Antrag der LINKEN sollte der Kreistag beschließen, dass der Landrat schriftlich zu jeder Kreistagssitzung über Mehrausgaben und –einnahmen wie auch Mindereinnahmen und –ausgaben informiert. Ausschlaggebend für diesen Antrag war die Information in der Februarsitzung, nach der in einer „Buchungsstelle Mehrerträge von



772.337,09 Euro im Vergleich zum Planansatz entstanden sind, die für die Deckung des Mehrbedarfs eingesetzt werden sollen“. Von diesen Mehrerträgen hätten die Mitglieder des Kreistages nichts erfahren. Um für eigene Anträge zukünftig Deckungsvorschläge benennen zu können, ist es notwendig, über Mehrerträge bzw. Minder Ausgaben gegenüber dem Planansatz sowie die Liquidität des Landkreises informiert zu werden, so Mirko Schultze, Vorsitzender der Linksfraktion, der den Antrag einbrachte. Frau Schubert von den Grünen sprach gegen unseren Antrag, besser hätte es die CDU nicht machen können. Ist dies

der Regierungsbeteiligung auf Landesebene oder der persönlichen Nähe von Schubert zu einigen CDU-Landtagsabgeordneten geschuldet? Unser Antrag fand leider keine Mehrheit.

Löbau als neuer Tagungsort des Kreistages?

Dies wurde aus unserer Fraktion angeregt. Als kleiner Ausgleich für die Ämterzentralisierung in Görlitz. Außerdem sind die Platz- und Parkmöglichkeiten deutlich besser. Wir werden sehen, ob diese Idee in Zukunft eine Mehrheit findet.

LINKE im Kreistag will finanztechnisch „auf Sicht fahren“

DIE LINKE hat unter dem Titel „Sozialer Ausgleich mit Ein-Jahres-Haushalt 2021 sichern: Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft übernehmen – Folgen und Wirkungen der Coronavirus-Pandemie sozial gerecht bewältigen!“ beantragt. Mirko Schultze, Vorsitzender der Linksfraktion: Nach Auffassung der Fraktion stehen die Landkreisverwaltung mit dem Landrat an der Spitze wie auch der Kreistag in der unmittelbaren politischen Verantwortung, angesichts der tiefen und massiven Einschnitte in alle Lebensbereiche der Menschen im Landkreis Görlitz infolge der von der Staatsregierung verordneten Coronavirus-Krisenmaßnahmen in besonderer Weise für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und damit insbesondere auch für eine sozial ausgeglichene Bewältigung der finanziellen Folgen und (Langzeit)Wirkungen der Corona-virus-Pandemie zu sorgen.

Weiterhin befinden wir uns in einer besonderen Situation. Wir können in keiner Weise abschätzen, wohin die finanzielle Reise geht. Niemand weiß, welche Auswirkungen die Krise auf den Haushalt unseres Landkreises hat. „Wir sollten auf Sicht fahren.“ Niemand kann sagen, wie sich die derzeitige Krise entwickelt. Niemand kann sagen, ob es eine zweite Corona-Welle geben wird und was das dann auch für den Landkreis Görlitz bedeutet. Niemand kann uns aktuell sagen, wann es einen Impfstoff für alle gibt. Deswegen ist die Fraktion der LINKEN im Kreistag Görlitz davon überzeugt, dass unsere Positionierung, nämlich einen Ein-Jahres-Haushalt für 2021 zu fordern, richtig ist. Hinzu kommt, dass eine Neujustierung der Finanzierung Land-Kommunen (Kommunaler Finanzausgleich) erfolgen muss. Dazu braucht es eine Änderung des FAG jenseits eines Doppelhaushaltes. Jens Hentschel-Thöricht

Auch im Stadtrat Zittau wurde Dr. Daniel Morgenroth als Intendant des GHT bestätigt.

Daniel Morgenroth



- 2003 Abitur in Ebern
- ab 2004 Studien Sprachen, Kommunikation, Wirtschaft an der Uni Passau
- 2007 bis 2008 Studien am King's College London & Royal Academy of Dramatic Art
- 2011 bis 2015 Promotion an der TU Dortmund
- 2011 bis 2017 Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Uni Würzburg
- 2017 stellvertretender Intendant Theater Konstanz

Morgenroth hat sich beworben, weil es auch im Konstanzer Theater Veränderungen gibt. Der 36 Jahre alte Kulturwissenschaftler soll sowohl die künstlerische als auch wirtschaftliche Leitung des Hauses übernehmen.

Im Landkreis Görlitz leben ca. 6.281 Kinder in Armut. Was folgt daraus?

Für manche Kinder sind Geschenke am Kindertag bescheidener ausgefallen. Das galt vor allem für jene, deren Eltern ein geringes Einkommen beziehen. Ein Beitrag von Jens Hentschel-Thöricht.

Keine gute Nachricht zum Internationalen Kindertag: Laut Statistik ist etwa jedes fünfte Kind (21,4 Prozent) im Freistaat Sachsen armutsgefährdet. In der Gruppe der Alleinerziehenden betraf das sogar fast jedes zweite Kind (44,6 Prozent). „Für eines der reichsten Länder der Erde ist es beschämend, dass so viele Kinder von finanziellen Problemen betroffen sind. Statt unbeschwert aufwachsen zu können, lernen sie Entbehrungen kennen“, sagte die Zwickauer Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (DIE LINKE). Nach dem Mikrozensus lag die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle 2018 in Sachsen bei 937 Euro für einen Single-Haushalt. Dabei handelt es sich um das gesamte Nettoeinkommen eines Haushalts inklusive Wohn- sowie Kindergeld oder anderer Zuwendungen. Wer weniger als diese Summe im Monat zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet. Zimmermann hatte Daten des Statistischen Bundesamtes ausgewertet. Sie hat im Bundestag den Vorsitz im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Wie kann jedoch die Armut in einem Landkreis, die in einer bestimmten Altersgruppe verbreitet ist, analysiert werden? Dazu müssen eine Reihe von erhobenen Daten ausgewertet werden. Jens Hentschel-Thöricht, Sozial-



politiker der LINKEN im Kreistag machte sich diese Mühe.

Wie viele Kinder sind im Landkreis von Armut betroffen?

Jens Hentschel-Thöricht, der für die LINKEN im Kreistag sitzt, hat nachgerechnet. Im Landkreis Görlitz wurden alle Einwohner unter 18 Jahren, die in Hartz-IV-Familien leben, gezählt. Das waren im Dezember 2019 5.465 Kinder. Hinzu kommen die Kinder, deren Familien Sozialhilfe bekommen. Das waren dem Statistischen Landesamt zufolge 505 Kinder im Landkreis (Dez. 2016).

Auch minderjährige Flüchtlinge, die

aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes unterstützt werden, zählen zur Kinderarmut in einer Region dazu. Ende vergangenen Jahres betraf das im Landkreis 311 Kinder.

Nach dieser Zählung leben im Landkreis also mindestens 6.281 Kinder in Armut. Zum Stichtag 31.12.2018 waren rund 38.046 aller 254.894 Einwohner im Landkreis minderjährig – es ergibt sich eine Armutsquote von fast 17 Prozent. Mehr als jedes sechste Kind im Landkreis ist arm.

Geld allein hilft nicht

Zimmermann zufolge müssen soziale Leistungen Armut verhindern und ge-

sellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Die Leistungen für Kinder sollten erhöht und eine eigenständige Kindergrundsicherung eingeführt werden. „Es darf nicht sein, dass Kinder immer mehr zum Armutsrisiko werden.“ Auch Familien mit drei oder mehr Kindern seien überproportional stark von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsquote von zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern habe 2018 in Sachsen bei 30,7 Prozent gelegen (2017: 24,8 Prozent). Genau betrachtet geht es bei Kinderarmut um die Armut der Eltern. Wir brauchen Löhne, von denen man leben und seine Familie ernähren kann“, sagte die Linkspolitikerin weiter. Prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, Teilzeit und Minijobs müssten zurückgedrängt, der Mindestlohn in einem ersten Schritt auf 12 Euro erhöht werden. Vor allem Alleinerziehende gelte es stärker zu unterstützen. Dazu gehörten auch bessere Angebote für die Kinderbetreuung.

Hentschel-Thöricht ergänzt: „Natürlich müsse Sozialpolitik im Bund entschieden werden. Die Landesregierung dürfe das Problem aber nicht länger ignorieren, sondern sollen sich in Berlin für eine Kindergrundsicherung einsetzen. Der Freistaat solle für Kinder die Kosten für Busse, Bahnen und das Mittagessen übernehmen. Und im Landkreis muss die Jugendarbeit endlich planungssicher für die Träger – auch in Zeiten von Corona - gestaltet werden!“

LINKE lobt Informationspolitik der Kreisverwaltung

Bezugnehmend auf die Berichterstattung zur Corona-Lage im Landkreis durch den Landrat erklärt der Vorsitzende der Linksfraktion: „Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die tägliche und damit aktuelle Information über die Lage im Landkreis Görlitz. Wir sind uns bewusst, dass zwischen Schutz der eigenen Gesundheit, Erhalt einer arbeitsfähigen Verwaltung und der Erfüllung besonderer Herausforderungen oft ein persönlicher Abwägungsprozess gestanden hat bzw. noch steht.“

Nach Überzeugung der Linksfraktion hat die transparente Informationspolitik, wie auch ein nachvollziehbares Verwaltungshandeln zum Erfolg der Maßnahmen beigetragen. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen Be-



teiligten. Die Pandemie ist aber nicht zu Ende. Deswegen setzen wir darauf, dass die

bisherigen Maßnahmen evaluiert und ihre Wirksamkeit geprüft werden. Es müssen alle Vorbereitungen getroffen

werden, um Herausforderungen, die sich während der ersten Phase der Schutzmaßnahmen aufzeigten, zu lösen und unnötige Härten abgefedert werden können.

Zu diesen Herausforderungen gehört für DIE LINKE die soziale Frage. Nicht alle Familien haben 110m² Wohnfläche und einen Vorgarten, unbegrenzt Datenvolumen oder Computertechnik für Schulaufgaben zur Verfügung.

Es kommt aber auch darauf an, die Absicherung der Verfügbarkeit von Schutzmasken, Gesichts-Nasenschutz und Desinfektionsmittel weiterhin sicherzustellen. Außerdem müssen die finanziellen Auswirkungen auf Vereine, Einrichtungen und Unternehmen Berücksichtigung finden.

Jens Hentschel-Thöricht

OV Zittau: LINKE solidarisch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kathleen Schokoladenfabrik Oderwitz

Werkschließung verhindern!

Zur angekündigten Werkschließung der Schokoladenfabrik Kathleen in Oderwitz erklären Jens Hentschel-Thöricht, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Görlitz und Nick Prasse, Gemeinderat in Oderwitz:



Werksgelände.

Foto: Internet

„Es ist nicht hinnehmbar, dass Bundesregierung und Bundestag milliardenschwere Hilfspakete und Liquiditätshilfen zur Bewältigung der Corona-Krise zur Verfügung stellen und gleichzeitig Unternehmen ganze Werke schließen wollen! Die Bewältigung der Krise darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Besonders irritierend ist es, dass noch vor wenigen Monaten in einem Gespräch zwischen Geschäftsführung und der damaligen Oderwitzer Bürgermeisterin Adelheid Engel der Standort als nicht gefährdet bezeichnet wurde. Es müssen nun alle Optionen geprüft werden, damit die Beschäftigten mit ihren teils hochspezialisierten Berufen eine Zukunft in Oderwitz bekommen. Die Unternehmensführung sollte konstruktive Vorschläge auf den Tisch legen und neue Ideen präsentieren, wie

der Standort Oderwitz durch innovative Produkte oder Umstrukturierungen erhalten werden kann. Die Schokoladenproduktion hat hier eine lange Tradition, viele Familien arbeiten seit Generationen in der Fabrik. Keinesfalls dürfen die Beschäftigten für Versäumnisse der Unternehmensführung haftbar gemacht werden. Die Rübezahl-Riegelein Unternehmensgruppe muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die für 2022 angekündigte Werkschließung zu verhindern. Dazu sind zeitnah Gespräche mit Belegschaft, Betriebsrat, Gewerkschaft, der Gemeindeverwaltung und dem Freistaat Sachsen über mögliche Perspektiven zu führen. DIE LINKE steht solidarisch an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

OV Weißwasser

Philip Höhne, einer, der seine Meinung sagt

Philip Höhne ist Mitglied der Basisorganisation Weißwasser. Jahrzehnte schreibt er seine Meinung zu aktuellen Problemen der Politik der Bundesrepublik und des Kreises in der Lausitzer Rundschau und der Sächsischen Zeitung. Die ökonomische Entwicklung unserer Region, soziale Auswirkungen auf die Bürger und die Sicherung des Friedens sind Schwerpunkte seiner Artikel. „Die persönlichen Angriffe der rechten Bürger in seiner Gemeinde Gablenz verurteilen wir auf das Schärfste.“, so Gerhard Krüger, Mitglied des OV Weißwasser. Was ist geschehen? Nach dem er in der Lausitzer Rundschau (LR) seine Meinung zur Wahl Chrupallas zum Parteivorsitzenden schrieb, wurde es ungemütlich für ihn. Als er an einem März morgen zum Briefkasten ging fand er einen Brief, mit dem er umgehend zur Polizei ging. Was war unter anderem der Inhalt? „Unsere Organisation hat dich senil-konfusen Greis unter Beo-

bachtung.“. Desweiteren war der Verfasser der Meinung, dass Philip Höhne ein „Krebsgeschwür“, ein „Stück Scheiße“, was „erledigt“ sei. Aktien am Überfall auf Chrupalla werden ihm, in diesem mit „SS“ Symbolen übersehtem Schreiben, unterstellt. Der anonyme Schmierfink unterschrieb mit „A. Hohn, Waldweg 88“

Der LR gegenüber betonte Philip Höhne, dass er keine Angst habe aber er möchte das alles nicht unter den Mantel des Schweigens legen. Ihm gehe es in erster Linie darum, dass „jeder das Recht hat, seine Meinung kundzutun“. Und das müsse man in einer Demokratie aushalten. Gerhard Krüger, Mitglied des Ortsvorstandes Weißwasser sagt: „Es ist eine Schweinerei ihn mit dem Anschlag auf Chrupalla in Verbindung zu bringen. Wir halten sein öffentliches Reagieren in den Tageszeitungen, das wir den Mitgliedern des Kreisverbandes mitteilen möchten, für gerechtfertigt.“ (red.)

OV Weißwasser: Bericht vom zweiten online-talk

Wie solidarisch wir sind

Ein Beitrag der Kreisvorsitzenden Antonia Mertsching

Am 16. Juni fand in der Hafenstube im Soziokulturellen Zentrum Telux in Weißwasser der zweite online-talk „Leben mit Corona – Perspektiven aus Weißwasser“ statt. Gesprächspartner war zum Einen Christian Klämbt, Sozialarbeiter in der mobilen Jugendarbeit im SKZ Telux. Der Verein nutzte die Auszeit, um einige Ausbauprojekte voranzubringen, während die Jugendarbeit nach wie vor gefragt war. Inzwischen gäbe es auch finanzielle Hilfen, nachdem es zum Anfang schwierig aussah, da der Verein kein Unternehmen ist und für die Kultur erst spät Zuschüsse organisiert worden sind. Zweite Gesprächspartnerin war Romy Ganer vom Sozialen Netzwerk Lausitz. Das Netzwerk musste wie alle anderen Organisationen das geplante Jahresprogramm erstmal über Bord werfen und sich auf die aktuelle Situation einstellen. In kürzester Zeit wurde mit www.nachbarhelfen.de eine online-Plattform aufgesetzt, die von

Einkaufshilfe bis Gesprächspartner Angebote und Bedarfe vermittelt; bis heute gibt es mehr Hilfsangebote als eingestellte Gesuche. Die Plattform soll auch über die Pandemie hinaus Helfer*innen und Hilfesuchende vermitteln, denn auch über Corona hinaus bleibt Nachbarschaftshilfe gefragt. Ebenso wie die Gesprächsrunden für Menschen mit Depressionen. Maik Bothe, Leiter der Selbsthilfegruppe für Menschen mit Depressionen und dritter Gesprächspartner, berichtete, dass sich der Shutdown nicht nur unmittelbar auf eh schon von Depressionen Betroffene nochmal verstärkt ausgewirkt hat, sondern gerade auch jetzt noch nachwirkt. Von daher sind Gesprächs- und Hilfsangebote gerade auch jetzt noch gefragt – über das Soziale Netzwerk kann jeder und jede Hilfe bekommen: www.soziales-netzwerk-lausitz.de oder Telefon: +49(0)3576 / 218270.

OV Görlitz

Black Lives Matter Demo in Görlitz - nötig wie lange nicht mehr

Ein Beitrag von MdL Mirko Schultze

Auf den ersten Blick ungewöhnlich, warum sollte es in einer Stadt mit nicht mal 10% Ausländer*innenanteil und davon die überwältigende Mehrheit aus den Nachbarländern eine Demonstration geben, die sich um Probleme wie Racial Profiling, Polizeigewalt und Rassismus kümmert und sich gegen Gewalt gegen Schwarze bzw. People of Color richtet, aussprechen. Die Antwort ist einfach, weil es dringend nötig ist. Jeden Tag werden Menschen kontrolliert, weil sie anders aussehen, Racial Profiling eben. An der B96 und an vielen Orten wehen wieder Schwarz-Weiß-Rote-Fahnen und wer sind wohl die ersten Opfer, wenn wir wieder Deutsch sein wollen und damit besser als alle anderen meinen. Der weiße Deutsche wird es nicht sein, und so beschreibt sich auch ein Problem: Wir, die weißen Deutschen erleben Rassismus nicht, wir können ihn im besten Fall erkennen, aber erleben werden wir ihn nicht. Wir werden nicht kontrolliert, wenn wir Abends einfach mal durch die Stadt

laufen, weil die Bundespolizei ja wissen will, was der vermeintliche Ausländer da so treibt, er könnte ja gegen Auflagen verstoßen haben, die wir weißen Deutschen gar nicht kennen oder illegal eingereist sein. Oder erinnern wir uns an Oury Jalloh, er verbrannte 2005 gefesselt in einer Polizeizelle, er hatte nach einem Diskobesuch Frauen angesprochen, diese fühlten sich belästigt und die Polizei nahm Oury Jalloh sofort in Gewahrsam, dort verbrannte er sich angeblich selbst, in einer Sicherheitszelle, gefesselt an Händen und Füßen. Bisher musste sich niemand dafür verantworten. Ein Vorgang der vermutlich stattfand, weil Oury Jalloh aus Sierra-Leone kam und nicht aus Dessau. Nein, wir leben nicht in den USA und die Polizeigewalt, der Rassismus ist dort auch anders als hier, aber hier, wo wir leben gibt es ihn eben auch, den alltäglichen Rassismus in und ohne Uniform und deswegen ist es wichtig, dass Demonstrationen wie Black Lives Matter auch in Görlitz stattfinden.

OV Weißwasser

DANKE sagt der OV
DIE LINKE Weißwasser

Menschenkette in Weißwasser.

Foto: Heike Krahl

Danke den Pfleger*innen, Danke dem Krankenhauspersonal, Danke den Kindergärtner*innen, Danke den Arbeiter*innen, Danke allen, die sich während der Corona-Krise an die Hygieneregeln gehalten haben und es immer noch tun, damit im Landkreis die Zahl der Infektionen niedrig bleibt.

Mit dem Dank verbinden wir die Forderung, dass die zugesagten Maßnahmen schnell realisiert werden.

Und wir fordern für die Pfleger*innen mehr als nur ein Danke. Im Coronapaket fehlt das Danke an die Pfleger*innen in Form von Geld und besserer Personalausstattung.

Die Gastwirte und Kulturschaffenden leiden ebenso wie Soloselbstständige. In der Corona-Krise zeigte sich deutlich, wo in der Gesundheit der Schuh drückt. Dies muss dringend nachgebessert werden, denn Gesundheit ist keine Ware. Heike Krahl

Rat der Löbauer Basisvorsitzenden im Juni

Kürzung der Finanzen
bei den Ortsverbänden?

Bei sommerlichen Temperaturen trafen sich die BO-Vorsitzenden aus Löbau Anfang Juni bei Familie Weidauer zu einem Gedankenaustausch. Peter Weidauer gab verschiedene Informationen aus dem Kreisvorstand weiter, so die Verschiebung des in Löbau geplanten Kreisparteitages vom Juni auf den Herbst. Der Finanzverantwortliche Reinhard Mirle informierte über den vorgeschlagenen Sparplan des Kreisvorstandes und bat die Vorsitzenden der Basisorganisationen um Meinungen. Natürlich gab es Verständnis für die Bitte, mit den Mitteln der Partei sparsam umzugehen. Durch die Einschränkungen im 1. Halbjahr und durch den Ausfall geplanter Veranstaltungen und Aktionen wurden schon Mittel für politische Arbeit eingespart.

Allerdings wurde auch darauf verwiesen, dass im Bereich des ehemaligen OV Löbau kein Büro der Partei oder einer/-es Abgeordneten als Treffpunkt und Anlaufstelle zur Verfügung steht und für Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen Mietausgaben zwischen 100 – 150 Euro an-

fallen, so dass eine unterschiedliche Kürzung der Mittel (OV Görlitz – 1.000 Euro/Bereich OV Löbau 1.500 Euro) bei fast gleicher Mitgliederzahl nicht zu begründen sind.

LdN muss bleiben

Besonders intensiv wurde über die eventuell geplante Einstellung der LdN (Links der Neiße) zum Jahresende diskutiert. Die Genossinnen und Genossen sehen in der gedruckten Ausgabe der Zeitung des Kreisverbandes ein wichtiges Bindeglied zu ihrer Partei, für viele ist es die einzige Möglichkeit, Informationen über die Arbeit des Kreisverbandes, der Kreis- und Stadträte und der AG/IG zu bekommen, da sie aus Gesundheits- und/oder Altersgründen nicht mehr an Mitgliederversammlungen teilnehmen können. Viele Mitglieder haben den Spendenbetrag von 1,50 Euro ab März auch schon bezahlt. Die Genossinnen und Genossen des ehemaligen OV Löbau sprechen sich dafür aus, das Erscheinen der LdN – wenn auch eventuell mit weniger Seiten – fortzusetzen. hg

Zittau

„Links der Neiße“ muss bleiben

Wenn rationale Entscheidungen in demokratischen Willensbildungsprozessen zwischen gleichberechtigten Mitgliedern gefasst werden sollen, setzt dies eine gute Information in Sachfragen und einen zeitnahen diskursiven Kommunikationsprozess voraus.

Die zeitlichen und räumlichen Möglichkeiten, Gespräche und Diskussionen zu führen, haben sich durch wachsende berufliche Anforderungen aber auch Gesundheitszustände sowie andere Zeit- und Mobilitätsbelastungen tendenziell verschlechtert. Eine moderne technische Infrastruktur kann – bei Vorhandensein - hier einen gewissen Ausgleich schaffen und den direkten persönlichen Austausch sowie traditionelle Informationswege ergänzen.

Tendenzen zur Bildung von Herrschaftswissen, asymmetrischer Willensbildung oder selektiver Informationsweitergabe – zum Beispiel durch die Moderation von Email-Listen – können weder mit einem Mangel an Zeit, noch mit hohen Kosten oder gestiegenen technischen Anforderungen begründet werden. Stattdessen sollten die modernen Kommunikationstechniken als helfende Ergänzungsmittel verstanden werden. Natürlich kann



es nicht darum gehen, das direkte persönliche Gespräch, die lebhafteste Diskussion Auge in Auge und ein lebendiges Partei-

leben durch virtuelle Formate zu ersetzen. Im Gegenteil: Die Diskurs- und Entscheidungsprozesse in einer konstruktiven, guten Atmosphäre zu organisieren, ist vermutlich einer der entscheidenden Faktoren eines fruchtbareren und gelingenderen Vereinslebens. Fazit für den Ortsverband Zittau: Aufgrund der älteren Mitgliedschaft, die kaum Zugriff auf technische Infrastruktur hat, aber den Großteil unserer Mitgliedschaft ausmacht, ist die „Links der Neiße“ als Informationsquelle beizubehalten. Diskutieren können wir über Erscheinungshäufigkeit, Format und Umfang. Indiskutabel ist eine Abschaffung.

Jens Hentschel-Thöricht
im Namen des Ortsverbandes der
LINKEN. Zittau

OV Zittau

Bürgeranliegen berücksichtigt

Im Mai 2020 bat ein Zittauer Bürger die Linksfraktion im Stadtrat, sich dafür einzusetzen, dass der Parkplatz am Martin-Wehnert-Platz (ggü.) der Mandaukasernen als P+R-Parkplatz ausgeschrieben wird. Bei entsprechender Vermarktung würde das sicherlich zur Aktivierung der Kleinbahn beitragen. Weiterhin wurde kritisiert, dass dieser Parkplatz nicht in städtischen Publikationen angegeben ist.

Jens Hentschel-Thöricht fragte bei OB Zenker nach: „Kann der o.g. Parkplatz mit einem P+R Schild gekennzeichnet und in neu gedruckten Stadtplänen entsprechend berücksichtigt werden? Laut eines Bürgers ist der Parkplatz nicht in Stadtplänen eingezeichnet.“

Die Stadtverwaltung antwortete: Aus Sicht des Bauamtes (Verkehrsbehörde und Tiefbau) handelt es sich

bei dem betreffenden Parkplatz nicht um einen P+R, sondern eher um einen touristischen Parkplatz. Wir plädieren deshalb dafür, die momentane Ausschilde- rung zu belassen. Bei touristischen Plänen auf welche wir Zugriff haben, ist ein Hinweis auf den Parkplatz am Martin-Wehnert-Platz leicht zu realisieren. Da es eine Reihe privater Verlage gibt, welche ebenfalls Stadtpläne anbieten, ist das hier nur möglich, wenn wir zu Korrekturen angefragt werden.

Jens Hentschel-Thöricht abschließend: „Gemeinsam gestalten wir Zittau zum Wohle aller. Daher Danke für den Bürgerhinweis und an die Verwaltung. Gern nehmen wir Ihre Anliegen entgegen, nutzen Sie Ihren Draht in die Verwaltung – Ihre Linksfraktion im Zittauer Stadtrat.“ (red.)

(Fortsetzung von Seite 2)

EU-Zukunfts-konferenz

einer anerkannten europäischen Persönlichkeit zur Leitung der Konferenz. „Wenn jedoch von einer gleichberechtigten Beteiligung von Mitgliedstaaten, EU-Institutionen und Parlamenten gesprochen wird, muss das auch für die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner gelten“, kritisiert Scholz. „In der Zukunftskonferenz müssen die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen.“

„Auch inhaltlich gibt es große Divergenzen zwischen Rats- und Parlaments-Position, was die anstehenden Verhandlungen zur Konferenz sichtlich erschweren wird. So geben die Regierungsvertreter*innen des Rats bereits konkrete Inhalte vor, während das Parlament sich dafür ausspricht, dass die Bürger*innen die Agenda der Konferenz bestimmen. Ebenso hatte ich mir mehr zum Ausgang der zweijährigen Konferenz erhofft. Für uns als Linke ist klar, dass Vertragsänderungen auf den Tisch müssen. Die Formulierung, dass die Konferenzergebnisse in ‚Übereinstimmung mit den Verträgen‘ stehen müssen, lässt dagegen nur einen Schluss zu: Der Rat mauert weiter bei der Zukunft Europas.“

Die Bundesregierung will Eigenanteil der Kommunen bei Fördermitteln weiter beibehalten, die LINKE sagt:

„So nicht!“

„Es ist sehr schade, dass es beim Strukturstärkungsgesetz in Sachen Staatsvertrag und kommunaler Eigenanteil keine Bewegung gibt. Hier muss im Bundestag dringend nachgesteuert werden“ erklärt MdB der Linksfraktion, Caren Lay aus der Lausitz, anlässlich des Kabinettsbeschlusses über Änderungen am Strukturstärkungsgesetz. Lay weiter: „Die Lausitz braucht eine langfristige Perspektive. Dazu ist es unerlässlich, die Zahlung der Strukturgelder in einem Staatsvertrag oder einer Bundesländer-Vereinbarung festzuschreiben. Trotz zahlreicher Bitten aus der Lausitz ist davon im aktuellen Gesetzestext leider nichts zu lesen – das muss sich dringend ändern. Der Erfolg des

Die Karawane der Vernunft hat Solidarität verdient

Nein zur Intoleranz – unterstützen wir weitere Karawanen der Vernunft

Ein Beitrag von MdL Mirko Schultze

Am 14. Juni rollte die Karawane der Vernunft die B96 von Zittau nach Bautzen und traf auf viel Hass und Verachtung von Menschen, die sich selbst einreden für Freiheitsrechte, das Grundgesetz oder die Meinungsfreiheit zu demonstrieren und von Menschen, die sich Sonntag für Sonntag neben Schwarz-Weiß-Rote-Fahnen stellen und offensichtlich kein Problem damit haben, wenn die Farben unter denen die meisten Freiheitsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts in Deutschland niedergeschossen wurden, neben ihnen wehen. Die kein Problem darin sehen, wenn die Reichskriegsflagge als Zeichen des Widerstandes verwendet wird und dann immer noch glauben, es richte sich gegen Maßnahmen der COVID-19 Bekämpfung. Ja, an der B96 stehen Mensch, die sich Sorgen machen um die Wirtschaft, ihren Arbeitsplatz, die Zukunft der Region, aber keine noch so gut begründete Meinungsäußerung rechtfertigt es, sich neben Faschisten, Rassisten und Antidemokraten zu stellen. Ganz im Gegenteil, erst das Schweigen, das Tolerieren, das Wegsehen ermöglicht den Tätern die Tat. Der deutsche Nationalsozialismus war 1933 nicht mehr aufzuhalten, an seinen Anfängen schon, und die lagen viele Jahre vor 1933. Also fanden sich zahlreiche In-



Karawane der Vernunft auf der B 96.

Foto: Internet

stitutionen, Organisationen und Einzelpersonen und versuchten ein Zeichen zu setzen für Toleranz, Demokratie und Meinungsfreiheit und wählten das Mittel einer Karawane. Diese war, im Gegensatz zu den sogenannten Sonntagsspaziergänger*innen korrekt bei der Versammlungsbehörde angemeldet, hatte 30 teilnehmende Fahrzeuge und spiegelte so die Vielfalt der Region wieder und es ging nicht nur um Rassismus, gegen die Gefahr eines neuen Faschismus des 21. Jahrhunderts, sondern es sollte auch ein Zeichen sein: für Maßnahmen gegen COVID19 denn die meisten sind davon überzeugt, sie, also die Maßnahmen, sind mit verantwortlich für die niedrigen Zahlen an Betroffenen und dafür sollten wir dankbar sein. Wir mussten nämlich nicht zuhause bleiben und durften nur eine Stunde am Tag rausgehen wie in Frankreich, Spanien oder Italien. Wir müs-

sen an manchen Orten Masken tragen, wir konnten nicht in Kneipen und Theater, wir konnten nicht in die Schwimmhalle oder in den Sportclub, stimmt, aber das können wir jetzt wieder, weil wir es eine Zeitlang nicht durften. Ein Erfolg, über den wir uns freuen sollten und nun auswerten und analysieren, was wirklich notwendig war oder was wir anders machen müssen, wenn es nochmal notwendig ist. Gucken wir also nicht weg. Begehen wir nicht den Irrtum und glauben denen, die denken, Meinungsfreiheit sei, wenn sie ohne Widerspruch alles sagen dürften und widersprechen, wenn sich Rassismus mit Verschwörungstheorie und völkischem Nationalismus koppelt. Sagen wir ja zur Diskussion aber Nein zur Intoleranz – unterstützen wir weitere Karawanen der Vernunft, ob in dieser Form oder einer Anderen.

Der Tod
von Genossin
Brigitta Hochmann,

geb. 12.2.1934; gest. 15.5.2020

hinterlässt in der AG Cuba Si eine große Lücke.

Mit viel Eigeninitiative, politischer Umsicht und Zuverlässigkeit führte sie die Gruppe aus Weißwasser und entwickelte stets eigene Ideen für die Solidarität mit den Kindern Kubas.

Das Vertrautwerden mit dem Leben, politisches Wirken und der Klassenauseinandersetzung stellte sie stets in das Zentrum und motivierte damit zu einer erfolgreichen Arbeit für Geld- und Sachspenden für Kuba.

Wir werden ihr Vermächtnis bewahren.
Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.



Regionalgruppe Cuba Si Lausitz
Christa Junge, Sprecherin

Von der Auferstehung eines antislawischen Rassismus in Deutschland

Ein Beitrag von der stellvertretenden Landesvorsitzenden der LINKEN Sachsen, Kathrin Kagelmann

„Die großen Demokratien gehen in Länder, in denen es Jahrtausende von Traditionen und Kultur gibt, und wollen den Menschen dort vorschreiben, so zu leben, wie sie es wollen. Für mich ist das eine Art Terrorismus. Ein ökonomischer Terrorismus. Innen drin sind die großen Demokratien in gewisser Weise Diktaturen, weil sie anderen ihre Werte aufdrücken wollen.“

Eric Cantona, engl. Fußballer mit spanischen Wurzeln

Diese Wahrheit ist so simpel, dass man offensichtlich nicht Philosoph sein muss, um sie zu erkennen. Aber das Arsenal an Manipulationsinstrumenten ist so groß, wie die Macht der Aufklärung gering und mühsam ist.

Die öffentliche Meinung wird zur Durchsetzung konkreter wirtschaftspolitischer und geostrategischer Ziele manipuliert

Die großen westlichen Demokratien erwecken den Anschein, als würde ihre verfassungsrechtliche Meinungs- und Medienfreiheit Aufklärung und Ausgewogenheit von Informationen automatisch garantieren. Dabei wird ausgeblendet, dass die öffentliche Meinung auch und sehr viel subtiler in Demokratien zur Durchsetzung konkreter wirtschaftspolitischer und geostrategischer Ziele manipuliert wird. Als Sieger der Geschichte geht der Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks immer unverfrorener zur Sache und bastelt an der Auferstehung eingängiger, weil uralter Feindbilder. Selten und nur verhalten durchdringt Empörung über allzu offensichtliche Geschichtsklitterung den medialen Mainstream. Etwa als Thomas Oppermann (SPD) bei seiner offiziellen Rede



8. Mai in Niesky.

zum 75. Jahrestag der Befreiung in Aachen im Oktober 2019 die Rolle der Roten Armee bei der Befreiung von Auschwitz „vergessen“ hatte. Oder als Russland, das seit dem Ende des Kalten Krieges an den Feierlichkeiten zum D-Day am 6. Juni in Frankreich teilgenommen hatte, ausgerechnet zum 75. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie nicht eingeladen wurde. Dabei hatte erst sowjetische Kampfkraft und Leidensbereitschaft im Osten die Eröffnung der Westfront überhaupt ermöglicht, die insbesondere durch Churchill zwei Jahre bis Mitte 1944 verschleppt wurde, als der Ausgang des Krieges bereits absehbar war.

Ohne Empathie kann man osteuropäische oder gar russische Politik kaum begreifen

Zwei jüngere Beispiele aus einer langen Reihe politisch motivierter Geschichtszerrörungen seit 1990, denen umso weniger widersprochen wird, je kleiner die Kriegsgeneration wird. Nur so ist es vielleicht zu erklären, dass das Gedenken an einen Tag der Befreiung, dass antifaschistisches deutsches Enga-

gement allgemein, sich allmählich löst von einer zum ehrlichen Erinnern notwendigen Empathie für diejenigen, die die größte Last bei der Niederschlagung der weltbedrohenden Barbarei durch den deutschen Faschismus getragen haben.

Foto: A. Kagelmann

Ohne Empathie aber kann man osteuropäische oder gar russische Politik kaum begreifen.

Seit 1917 eines großen Teils des kapitalistischen Einflussgebiets beraubt, kann der Westen seit 1990 als der ökonomisch Stärkere endlich die Früchte des erbittert geführten Kalten Krieges ernten. Parallel zur politischen Auflösung des Ostblocks wurde mittels einer IWF-gesteuerten Schocktherapie die Enteignung und spätere Privatisierung der Volkswirtschaften sowie die Entwertung privater Geldvermögen durchgepeitscht. Die Länder wurden überschwemmt von westlichen Beratern für Fragen der Politik, der Wirtschaft, des Finanzwesens, des Rechts und der Öffentlichkeit. Banker und Industrielle machten fette Beute. Menschenrechte spielten keine Rolle. Sonst wäre vielleicht aufgefallen, dass die Folgen dieses „Nachwende-Überfalls“ einem Krieg ähnelten: In der Sowjetunion stürzte das Bruttoinlandsprodukt bis 1992 um 19% ab und fiel danach weiter. Die Industrieproduktion, ohnehin auf niedrigem Niveau, ging bis 1993 um ein Drittel zurück. „Einer Studie der UNICEF zufolge versank das Land zwischen 1991 und 1992 geradezu in extremer Armut. Waren es 1991 (...) noch 14 %, die statistisch arm und 2,5%, die als sehr arm galten, schnellten die Zahlen ein Jahr später auf 55,9% (arm) und 31,3% (sehr arm) in die Höhe. Drastisch erhöhte Sterberaten bestätigten die soziale Verheerung. In der (...) UNICEF-Studie wird dafür der Begriff der „Transition Mortality“ – Sterblichkeit im gesellschaftlichen Übergang – geprägt. Zwischen 1989 und 1993 erhöht sich die Sterblichkeitsrate in Russland um 34,6%, die Selbstmorde bei Männern nehmen (...) um 237% zu.“

Der Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems war für jene Staaten, die sich nicht in eine (unehrliche) Vereinigung retten konnten, eine politische, wirtschaftliche, soziale und für viele Menschen eine persönliche Katastrophe. Alles, was später kam – auch Separatismus, Nationalismus oder religiöse Rückbesinnung als Ausdruck eines kompletten Werteverfalls – sind auf das Trauma dieses vom Westen befeuerten Zusammenbruchs zurückzuführen.

Nun auch noch Osterweiterung der NATO

Und als wäre dieser wirtschaftliche Kotau nicht genug der Schmach und als hätte es keine Zusicherungen gegenüber Gorbatschow gegeben, „... ergingen auf dem Madrider NATO-Gipfel 1997 die ersten Einladungen auf Mitgliedschaft an frühere Warschauer Vertragsstaaten (...)“. 1999 traten sie der NATO bei. „Gezählte zwölf Tage nach ihrer Aufnahme befanden sich Polen, Ungarn und Tschechien bereits im Krieg...“ gegen Jugoslawien. 2002 folgten Aufnahmegespräche mit Bulgarien, Rumänien, den drei baltischen Staaten, Slowenien und der Slowakei. Letztere hatte sich bisher der NATO verweigert. Auf den späteren Sinnwandel angesprochen, antwortete ein slowakischer Politiker: „Der NATO-Krieg 1999 gegen Jugoslawien war auch ein Signal an uns, keine Vision einer politischen Selbstständigkeit mehr zu haben. Wir haben ja gesehen, was mit Kräften passiert, die unabhängig sein wollen.“

Seitdem setzt sich die NATO-Erweiterung und die militärische Einkreisung Russlands ungehindert fort. (Zahlen/Zitate aus „Feindbild Russland – Geschichte einer Dämonisierung“ 2016, Hannes Hofbauer, österreichischer Publizist).

Der Westen ist Sieger und Sieger schreiben Geschichte. Gnadenlos. Es ist anstrengend, diesen Malstrom an verlogener Informationspolitik des Westens immer wieder zu durchbrechen. Aber es ist bitter nötig und zentrale Aufgabe von Linken, denn was hier aufersteht, ist nichts weniger als ein neuer antislawischer Rassismus, wie er schon Teil der Mobilmachung durch die Nazis war.

HANNES HOFBAUER

**FEINDBILD
RUSSLAND**

Hannes Hofbauer verfolgt das Phänomen der Russophobie zurück bis ins 15. Jahrhundert, als der Zar im Zuge der kriegerischen Reichsbildung gegen Nordwesten zog. Es ging um Herrschaft, Konkurrenz und Meereszugang. Der Kampf um reale wirtschaftliche und (geo)politische Macht wurde auch damals schon ideologisch begleitet: Der Russe galt seinen Gegnern als asiatisch, ungläubig, schmutzig und kriecherisch, Stereotypen, die sich über Jahrhunderte erhalten haben.

Das Feindbild-Paradigma zieht sich wie ein roter Faden durch die Rezeption Russlands im Westen.

Geschichte einer Dämonisierung

Vor Ort - Termine im Landkreis Görlitz

All diese Termine sind natürlich vorbehaltlich der Entwicklung des Coronavirus und der Entscheidungen der Bundes- und Landesregierung.

BO Löbau und Oberland

02.07. 17.00 Uhr Rathaus

Beratung der Stadtratsfraktion

07.07. 16.00 Uhr bei Familie Ebert,
Löbau, Handwerkerstraße 9a

**Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden
Löbau** (sollten die Zeitungen später abgeholt
werden bitte Jörg Ebert kontaktieren)

Vorschau August 2020

04.08. 16.00 Uhr bei Fam. Weidauer,
Löbau, Damaschkestr. 10

**Beratung des Rates der BO-Vorsitzenden
Löbau**

OV Görlitz

Ständige Termine im OV:

1. Dienstag im Monat: 18:00 Uhr
Informationstag

jeden Dienstag: 17:30 Uhr
Treffen der Linksjugend SOLID

**Änderungen sind immer möglich, wenn
notwendig oder sinnvoll!**

OV Region Weißwasser

07.07. 10.00 Uhr
Ortsvorstand im Büro „Rote Rosa“

21.07. 10.00 Uhr
Ortsvorstand im Büro „Rote Rosa“

OV Zittau

08.07. 10.00 Uhr

Ortsvorstand
im Zittauer Büro der LINKEN

08.07. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden
im Zittauer Büro der LINKEN

15.07. 15.00 Uhr
AG Cuba Si im Zittauer Büro der LINKEN

Vorschau August 2020

05.08. 10.00 Uhr
Ortsvorstand
im Zittauer Büro der LINKEN

05.08. 13.00 Uhr
Die Beratung der Basisvorsitzenden
im Zittauer Büro der LINKEN

19.08. 15.00 Uhr
AG Cuba Si im Zittauer Büro der LINKEN

Wir müssen Abschied nehmen von unserer Genossin

Doris Herrmann

geb. 9.1.1934 gest. 23.5.2020

Sie hat von Beginn an so viele Jahre einsatzbereit
an unserer Seite mitgewirkt und uns auch nach ihrem Umzug
ins Pflegeheim die Treue gehalten.
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren bewahren.

BO Großschönau – Waltersdorf / OV Zittau

Wir trauern mit seiner Familie um Genossen

Lothar Rebel

26.01.1930 - 25.05.2020

sein Vermächtnis werden wir in Ehren halten.

BO 14 Zittau/OV Zittau

OV Region Weißwasser

Buchlesung

„Wenn Sterne untergehen“

Im 75. Jahr der Befreiung vom Hitler-Faschismus führt der Ortsvorstand DIE LINKE anlässlich des Weltfriedenstag eine Buchlesung zum Erfolgsroman „Wenn Sterne untergehen“ mit dem Autor Dr. Wilfried Poßner im Bürgerbüro der Landtagsabgeordneten Antonia Mertsching durch. Ein Roman der ausgezeichnet das Leben des russischen Volkes vor und während des 2. Weltkrieges, seines Kampfes gegen den Überfall Deutschlands, aber auch während der Tyrannei des Stalinismus im eigenen Land erlebbar macht. Ein Roman der das Schicksal des Marschalls der Sowjetunion Tuchatschewski, seiner Familie und die historischen Ereignisse und Ergebnisse darstellt. Es ist ein Roman der der jungen Generation hilft diese Ereignisse besser zu verstehen und damit eine wertvolle Unterstützung des Geschichtsunterrichts im Gymnasium seien kann.



Wir laden die Bürger herzlich zu diesem interessanten Event am Montag den **07. September um 16:30 Uhr im Bürgerbüro „Rote Rosa“** in der Rosa Luxemburg Straße 17 in Weißwasser ein. Zur Absicherung der Ausgaben wird eine kleine Spende von den Teilnehmern erbeten, Schüler haben freien Eintritt.

Der Vorstand

Der Ortsvorstand Weißwasser prüft die Durchführung eines **Sommerfestes**, eines Laufes für Toleranz und Veranstaltungen zum Weltfriedenstag am 01.09. und 21.09.

Nach Redaktionsschluss

(Fortsetzung von Seite 7)

Zur Haushaltssatzung 2020 der Stadt Weißwasser

was ja eng miteinander verbunden ist. Hier gibt es für die Zukunft deutlichen Nachholebedarf. Unser Anliegen, dass die Feuerwehr mit ordentlicher Schutzbekleidung ausgestattet wird, was eine Pflichtaufgabe der Stadt ist, haben wir ja nun noch rechtzeitig im Haushalt erklärt bekommen. Zum Thema Erhöhung Grundsteuer B. Ich verstehe das als Erpressung durch Sachsen - ob 23 oder 320 T - das ist schädlich für die Kaufkraft, schädlich für Gewerbeansiedlungen, vergiftet das städtische Klima. Wir werden uns dieser Erpressung beugen müssen in der Hoffnung, im nächsten Jahr Bedarfswzuweisungen zu erhalten - oder auch nicht. Die Höhe ist Spekulation - ebenso wie die Prognose der ab 2021 bis 2023. Selbst die für 2020 sind un-



Hans Eckhard Rudoba.

sowohl kürzere als auch mittelfristigere Zeiträume im Blick haben. Hier gibt es auch Erwartungen an die Wirksamkeit des Kohleausstiegsgesetzes. Die Notwendigkeit zur Fortschreibung des Wirtschaftsförderungskonzeptes wird an dieser Stelle sehr deutlich. Eins wird klar: Am Haushalt muss ständig gearbeitet werden. Wir werden hier vierteljährlich einen Soll - Ist - Vergleich

gewiss (Corona). Optimistisch in mich die vorhandenen Ansätze zur Gewerbeansiedlung, die

machen müssen - eine harte Aufgabe für den Kämmerer - sofern wir einen haben. Das sollte der HSA sich auf die Fahnen schreiben. Das sollte normales Verwaltungshandeln sein ohne extra Antrag und ohne extra Auftrag, einfach nur Tagesordnungspunkt im HSA. Sollten keine Bedarfswzuweisungen fließen, werden die Linken reagieren. Thema Stadion der Kraftwerker, das muss noch mal im BWA besprochen werden - nicht nur die Investition, sondern auch die Planstelle zur Unterhaltung der Anlage. Der Haushalt ist kein starres Schema. Abweichungen nach unten sollten schon möglich sein. Ich kann nur empfehlen, die persönlichen Abneigungen nicht als Beweggründe und Basis aller Argumente gegen den Haushalt zu verwenden. Immerhin hat an diesem Haushalt maßgeblich das Landratsamt

als beurteilende und genehmigende Behörde mitgearbeitet. Ihnen zu unterstellen, dass der Grundsatz der Haushaltswahrheit außeracht gelassen ist, finde ich mutig. Es wird doch hoffentlich niemanden geben, der die Wahrheit für sich allein gepachtet hat. In Summe sollten wir den Haushalt trotz aller offenen Fragen erst mal beschließen, um endlich handlungsfähig zu werden. Es soll aber nicht als Freibrief für die Verwaltung verstanden werden. Geld bleibt weiter knapp. Es müssen weiter Anstrengungen zur Kosteneinsparung unternommen werden, wobei die Zusammenarbeit mit den Ausschüssen durchaus Reserven hat. Wir sollten den Haushalt diesmal als Chance sehen. Wir sind nicht für das Verhindern des Haushalts. Wir sind für Ärmel hochkrepeln.

LINKE Kommunalpolitik

BUCHTIPP



Ohne ideologische Scheuklappen auf China schauen!

Aus dem Geleitwort von
Folker Hellmeyer

Dieses Buch ist überfällig, da es das Potenzial hat, endlich die erforderliche Sachlichkeit in den Diskurs über China zu bringen.

Weder im politischen noch im medialen Raum ist diese aktuell ausreichend gewährleistet.

Der Inhalt dieses Buches soll dazu animieren, selbstkritisch unseren westlichen Zeitgeist und unsere sogenannte moralische Überlegen-

heit zu hinterfragen. Unsere »Werte« manifestieren sich in einer egozentrischen Politik, in der unsere eigene Sichtweise zumeist nicht mehr mit der Sichtweise der Entscheider und der Menschen der aufstrebenden Länder im Einklang stehen. Das ist äußerst risikobehaftet.

Das gilt vor allen Dingen für den Blick auf die finanzökonomischen Machtachsen. 1990 hatten die aufstrebenden Länder zu Beginn der beschleunigten Globalisierung lediglich einen Anteil von circa 20 Prozent am weltweiten Bruttoinlandsprodukt, mittlerweile liegt der Anteil bei 63 Prozent. Da die aufstrebenden Länder mindestens doppelt so schnell wachsen wie die westlichen Länder, ist das Erreichen der Marke von 70 Prozent und mehr nur eine Zeitfrage. Diese Länder stehen für 88 Prozent der Weltbevölkerung und sie kontrollieren circa 70 Prozent der Weltdevisenreserven. Sie geben das Tempo in der Weltkonjunktur vor. Gerade China ist nicht mehr nur Werkbank der Welt, sondern mittlerweile führend im Bereich wesentlicher Schlüsseltechnologien wie etwa dem 5G-Netzwerk.

Werden diese Länder sich vom Westen, der heute noch 37 Prozent Anteil am Welt-BIP hat (bei fallender Tendenz), der nur zwölf Prozent der Weltbevölkerung stellt und lediglich circa 30 Prozent der Weltdevisenreserven kontrolliert, weiter überstimmen lassen?

Europa ist gut beraten, die Erfahrungen der Hanse zu verinnerlichen. Dort hieß es »Wandel durch Handel«. Augenhöhe war ein Kernmerkmal des Umgangs und ist für nachhaltige Entwicklungen unabdingbar. Handel ist aktive Friedenspolitik, da der Handel das Miteinander voraussetzt und Brücken baut. Handel bedingt kulturellen Austausch, das Lernen voneinander und miteinander.

Dieses Buch beleuchtet mannigfaltige Facetten und liefert sachliche Einblicke, die bezüglich der zukünftigen Bedeutung Chinas und der aufstrebenden Länder für die Exportnation Deutschland, für die Eurozone und die EU elementar sind. Es wird klar, dass wir aufgrund falscher Loyalitäten bereits spät dran sind. China und die aufstrebenden Länder werden nicht auf uns warten!

Winfried Bruns

Buch von Cordt Schnibben: Über politische Entscheidungen und gesellschaftliches Handeln, Erfolge und Misserfolge während der Coronapandemie.

„Corona - eine Geschichte des angekündigten Sterbens“

Leseempfehlung von Heiderose Gläß

„Corona – Weltwirtschaftskrise – die Linke“

Drei Krisen – neue Broschüre des Liebknecht-Kreis Sachsen Anfang Juni erschien unter der Überschrift „Corona – Weltwirtschaftskrise – die Linke“ das Heft 9/10 vom Liebknecht-Kreis Sachsen (LKS). Sollte es vielleicht auch heißen: Corona-Krise, Weltwirtschaftskrise, Krise der Linken? Zu diesen Themen gibt es ausgesprochen viel Diskussionsbedarf, wie auch die Videokonferenzen des LKS gezeigt haben. Angefangen von der Beschneidung der Grundrechte, über die Mängel im kaputtgesparten Gesundheitswesen und die schlechte Bezahlung von Pflegekräften sowie die mangelnde Vorratshaltung gerade im Gesundheitsbereich, bis zur sprunghaft gestiegenen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in vielen Bereichen. Der Reader im Umfang von 104 Seiten enthält aktuelle Beiträge zur Corona-Krise aus linker Sicht, darunter Artikel von Klaus Dörre, Winfried Wolf, Ellen Brombacher u.a. Sie beleuchten aus linker, marxistischer Sicht nationale und besonders europäische Ursachen, Entwicklung und Folgen der Krise. Das Heft publiziert auch das jüngste Strategiepapier von vier Mitgliedern der Parteispitze



(Katja Kipping/Bernd Riexinger/Jörg Schindler/Harald Wolf) und die Kritik daran von Ekkehard Lieberam und Volker Külow. (veröffentlicht in der Tageszeitung „Junge Welt“ am 2. Juni unter <https://www.jungewelt.de/artikel/379357.positionen-der-linkspartei-linkes-wunschdenken.html>) Interessenten können sich die Broschüre über den Blog des LKS herunterladen: <http://liebknecht-kreis.blogspot.com> oder die Druckfassung in der Landesgeschäftsstelle der LINKEN Sachsen bestellen.

Spendensammlung für Liedermacher in Hoyerswerda

Am Sommersonnenwende-Wochenende traf sich die Gundermann-Seilschaft, die das musikalische Erbe Gun-

cke“ unterstützen, weil dabei - vor allem auch in Zeiten von Corona - junge und noch eher unbekannte Künst-



Heinrich Ruynat bei der Spendenübergabe.

Foto: privat

dermanns inzwischen europaweit pflegt, in Hoyerswerda zum gemeinsamen Musizieren und zur Gesamtmitgliederversammlung. Neben der Wahl eines neuen Vorstands beschloss die Gruppe, im kommenden Jahr das Projekt „Gundermanns Lieder in Europa“ wieder aufleben zu lassen. Zudem möchte die Seilschaft das Hoyerswerdaer Liederfest „Hoyschre-

lerinnen und Künstler Aufmerksamkeit bekommen.

Unser Genosse Heinrich Ruynat sammelte im Vorfeld unter dem Titel „Was denkst du, bist du wert?“

Coronavirus - Kollateralschaden von Kunst und Kultur“ Spenden für Künstlerinnen und Künstler, die gerade besonders unter der Corona-Pandemie leiden, und übergab die ersten 200 im Rahmen der Versammlung und der offenen Liedermacherbühne „PENA“ in der Kulturfabrik Hoyerswerda. Die Spendensammlung wird fortgesetzt.

Bruno Rössel

Geschäftsstelle des Kreisverbandes
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03576/2162893
 e-mail: kontakt@dielinke-goerlitz.de

Büro der LINKEN Zittau
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/700 525, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: zittau@linksmail.de; www.dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro „Rote Rosa“ MdL Antonia Mertsching
 Rosa-Luxemburg-Straße 17, 02943 Weißwasser; Tel.: 03576/2162893
 Mail: kontakt@antonia-mertsching.de
 E-Mail des Ortsverbandes: ov-weisswasser@dielinke-goerlitz.de

Bürgerbüro MdL Mirko Schultze
 Schulstraße 8, 02826 Görlitz; Tel.: 03581/40 30 05

Büro der Kreistagsfraktion
 Äußere Weberstraße 2, 02763 Zittau,
 Tel.: 03583/58 60 17, Fax: 03583/ 58 60 16,
 e-mail: kreistagsfraktion@dielinke-goerlitz.de
 www.dielinke-kreistagsfraktion-goerlitz.de



Der Kreisvorstand und die Ortsvorstände gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die in den Monaten Juli / August Geburtstag haben, recht herzlich und wünschen viel Gesundheit und alles Gute. Insbesondere gratulieren wir unseren Jubilaren:

Juli

Maria Schwalbe-Anker	30.07.1990	30	Görlitz
Martina Fehmann	16.07.1955	65	Weißwasser/O.L.
Siegfried Pioch	16.07.1938	82	Löbau
Ursula Schwerdtner	28.07.1935	85	Zittau
Anita Schmidt	26.07.1934	86	Niesky
Lothar Philipp	22.07.1932	88	Löbau
Helmut Schubert	17.07.1931	89	Zittau
Gottfried Böhme	27.07.1930	90	Görlitz
Hans Heckel	18.07.1929	91	Leutersdorf
Hilda Bärsch	26.07.1924	96	Zittau
Heinz Hoffmann	20.07.1923	97	Krauschwitz

August

Herbert Günther	02.08.1950	70	Niesky
Edeltraut Laß	03.08.1940	80	Weißwasser/O.L.
Heinz Mächling	11.08.1937	83	Niesky
Irmgard Jurk	02.08.1936	84	Weißkeißel
Manfred Muschner	01.08.1935	85	Mittelherwigsdorf
Gertrud Neugebauer	08.08.1935	85	Görlitz
Sigrid Schulz	03.08.1933	87	Zittau
Franz-Heinrich Schulze	07.08.1933	87	Löbau
Jürgen Hoppadietz	07.08.1932	88	Görlitz
Eberhard Schlage	09.08.1931	89	Zittau
Edith Stritzke	06.08.1929	91	Görlitz

Herzliche Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung unserer Basisorganisation

Wann? Wo?

Worum geht es ?

Stell dir vor...



Stell dir für einen Moment vor, du wärst im Jahr 1900 geboren. Wenn du 14 Jahre alt bist beginnt der erste Weltkrieg und endet, wenn du 18 Jahre alt bist, mit 22 Mio. Todesopfern.

Kurz darauf beginnt eine weltweite Pandemie, die spanische Grippe mit 50 Mio. Todesopfern, und endet, wenn du 20 Jahre alt bist.

Als du 29 Jahre alt bist beginnt die Weltwirtschaftskrise mit dem Börsen-crash in New York. Die Folge sind Inflation und Massenarbeitslosigkeit.

Wenn du 33 Jahre alt bist kommen die Nazis an die Macht. Wenn du 39 Jahre alt bist beginnt der 2. Weltkrieg und endet mit 60 Mio. Todesopfern. Im Holocaust sterben 6 Mio. Juden.

Wenn du 52 Jahre alt bist beginnt der Koreakrieg; Wenn du 64 Jahre alt bist beginnt der Vietnamkrieg und endet wenn du 75 Jahre alt bist.

Ein Kind im Jahre 1985 dachte, dass Oma und Opa keine Ahnung haben wie schwer das Leben sei, doch die beiden hatten schon mehrere Kriege erlebt. Heute befinden wir uns mit allen Bequemlichkeiten der modernen Welt in einer neuen Pandemie.

Menschen beklagten sich, weil sie für ein paar Wochen das Haus nicht verlassen durften. Sie haben Strom, Handys, genug Essen, warmes Wasser und ein sicheres Dach über dem Kopf. All dies gab es in früheren Zeiten nicht. Doch die Menschen haben auch diese Zeiten überstanden und niemals ihre Lebensfreude verloren. Heute beklagen wir uns, dass wir im Supermarkt eine Maske tragen müssen. Ein kleiner Perspektivwechsel kann Wunder wirken. Lass uns beide dankbar sein für die Zeit in der wir leben und **lass uns beide alles tun das uns gegenseitig schützt und hilft.**

....
 Biyon Kattilathu
 Er ist Kind indischer Einwanderer, im Ruhrgebiet aufgewachsen. Er ist promovierter Wirtschaftswissenschaftler (zum Thema Motivationspsychologie) (Den Titel kann man bei Facebook hören)

Impressum:

Herausgeber: Kreisvorstand der LINKEN.Görlitz
 Redaktion: Dierk Kunow: ViSdP., Heiderose Gläß, Sabine Kunze, Winfried Bruns, Heinrich Ruynat, Bitte alle Beiträge an folgende e-mail:

linksderneisse@linksmail.de

Satz und Druck: City-Druckerei Weißwasser; Auflage: 595 Stck.
 Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 21.07.2020
 Erscheinungsdatum der nächsten Ausgabe: 04.08.2020
 Der Redaktion bleiben sinnwährende Kürzung von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtschreibfehler findet darf sie behalten. - Spendenempfehlung 1,50 Euro -
 Unser Spendenkonto ist: DIE LINKE.Görlitz, Volks- und Raiffeisenbank Niederschlesien eG **IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08**